

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

161 (15.7.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALMittelBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichterfüllung der Zahlungsbedingungen, bei geschädigter Verbreitung und bei anderen außer Kraft tritt. Einmalige Anzeigen und Geschäftsstellen in Karlsruhe L. 2. u. 5. Straße bei Anzeigen-Anstalten 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. Ökone Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 11 Uhr o. Postfachkonto 2080 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2. u. 5. Straße 20 o. Januar 1920 und 1921 o. Postfachkonto-Mitteilungen: Durch die Post 2. u. 5. Straße, Postfachkonto 12; Redaktion, Postfachkonto 8

Nummer 161

Karlsruhe, Mittwoch, den 15. Juli 1931

51. Jahrgang

Kapitalistische Bankerottewirtschaft

Die Anarchie des Privatkapitalismus - Nunmehr scharfes Zugreifen des Staates - Appell an Frankreich
Europäische Politik und Planwirtschaft

Achtung, Erwerbslose!

Gegen die rechts- und linksradikalen Heher

Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ist gefährdet, die erforderlichen Gelder stehen zur Verfügung. Der Umstand, daß vor einiger Zeit die Reichsbank im Zusammenhang mit der Beschaffung eines Ueberbrückungskredits für die Reichsanleihe zum Geschäftsträger für die Abwicklung der Geldgeschäfte der Arbeitslosenversicherung gemacht worden war, wirkt sich jetzt vorteilhaft aus.

Die Zuspätkommen der Krise und vor allem die Einführung der Bankfeiertage dürfte der übertriebenen Mehrheit der großen Gläubiger, den Arbeitslosen, deutlich den Ernst der Situation gezeigt haben. Krawalle und Schlägereien liefern in diesem Augenblick nur Stoff zu Mordmeldungen, die das Mißtrauen des Auslandes gegenüber der Gesamtsituation Deutschlands nur verstärken. Das Mißtrauen des Auslandes ist aber Deutschlands größter Feind. Mithin könnte das auch die Schreier kommunistischer und nationalsozialistischer Demonstrationen einleiten. Der Arbeitslose handelt jedenfalls in seinem ureigensten Interesse, wenn er auf den Arbeitsnachweis und den Zusammenhalt der Arbeitsämter kaltes Blut bewahrt und sich von törichten Unruhegeistern, die über die Tragweite ihres Treibens im unklaren sind, nicht verriren lassen läßt.

Die Reichsbahn und die Krise

Die Lohnzahlung bei der Reichsbahn ist absolut sicher. Die Reichsbahn ist gut fundiert. Sie hat keine kurzfristigen Kredite aufgenommen. Die für die Lohnzahlungen notwendigen Beträge - am Freitag werden etwa 20 Millionen Mark benötigt - werden aus den laufenden Einnahmen aufgebracht.

Bei Feststellung dieser erfreulichen Tatsache erinnert man sich unwillkürlich an die große Campaigne für die Privatisierung der Reichsbahn.

Die Reichsbahn ist von dem Schlamassel der Bankerotteure der Privatwirtschaft verschont geblieben. Schlimm, wenn auch das größte wirtschaftliche Unternehmen in den Strudel privater wirtschaftlicher Großbankerotte hineingezogen worden wäre. Der Kampf der Eisenbahner gegen die Versuche, die Reichsbahn der Privatwirtschaft in die Hände zu spielen, ist jetzt allmählich gerechtfertigt. Noch in der jüngsten Zeit wurden von der Schwerindustrie Versuche gemacht, aus der Reichsbahn einen Leidensgenossen zu machen. Wenn sie sich gestraubt hat, für die großen Kartelle und die Schwerindustrie durch Extrazuschüsse und Extrazahlungen an das Reich die Kassen aus dem Feuer zu holen, so kann man ihr das wirklich nicht verübeln.

Gegen eine Stockung der Steuerzahlungen

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben in gewissem Umfange zu einer Stockung der Steuerzahlungen geführt. Eine derartige Stockung muß im Interesse der Allgemeinheit mit allen Mitteln bekämpft werden. Gerade in Zeiten wie in den gegenwärtigen ist besonders Wert darauf zu legen, daß jeder seinen steuerlichen Verpflichtungen pünktlich nachkommt. Gehen die geschuldeten Steuern nicht pünktlich ein, so wird, wie bisher, mit Einzug im Nachnahmeverfahren, Mahnung und Weisung vorgegangen werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch trotz der beiden Bankfeiertage Steuerüberweisungen von den Banken, Sparkassen und Postämtern sowie Scheckzahlungen jederzeit vorzunehmen werden müssen. Dies gilt auch für die Inhaber von Konten bei der Darmstädter und Nationalbank.

Verlängerung des Rediskontkredites

WTB. New York, 14. Juli. Die Federal Reservebank von New York gibt bekannt, daß sie sich zusammen mit den anderen Federal Reservebanken bereit erklärt hat, ihre Beteiligung an dem der Reichsbank gewährten Kredit von 100 Millionen Dollar zu erneuern unter dem Vorbehalt, daß die anderen Banken, die sich an diesem Kredit beteiligen hatten, ebenfalls einer Erneuerung zustimmen.

Keine Postanweisungen ins Ausland

Das Reichspostministerium teilt mit: Da zur Zeit Börsennotierungen nicht stattfinden, ist es der Post bis auf weiteres nicht möglich, Einzahlungen auf Postanweisungen nach dem Ausland anzunehmen. Die Postanstalten sind entsprechend angewiesen worden. Außerdem sind die Postämter wegen der Unterbrechung in Kursnotierungen an den deutschen Börsen, angewiesen worden, die bei ihnen eingehenden Ueberweisungen nach dem Ausland bis auf weiteres nicht auszuführen.

Der Treuhänder bei der Danatbank

Der von der Reichsregierung zum Treuhänder für die Danatbank ernannte Staatssekretär a. D. Bergmann, steht im 58. Lebensjahr und hat nach seiner Tätigkeit in der Direktion der Deutschen Bank wiederholt im Leben der Kriegs- und Nachkriegszeit eine große Rolle gespielt.

Abbau der Bankfeiertage

WTB. Berlin, 14. Juli. (Eigene Meldung). Das Reichskabinett trat heute abend nach 10 Uhr zu einer kurzen Sitzung zusammen, die bereits um halb 12 Uhr beendet wurde. In dieser Sitzung wurden im wesentlichen die Richtlinien der im Laufe des morgigen Nachmittags zu lassenden Beschlüsse beraten, durch die die gegenwärtigen Bankfeiertage wieder abgebaut und normale Verhältnisse wieder hergestellt werden sollen.

Verbot des handelsrechtlichen Lieferungs-geschäftes in Getreide

Der Börsenvorstand zu Berlin, Abteilung Produktenbörse, hat angeordnet, daß handelsrechtliche Lieferungsbeziehungen in Getreide in dieser Woche nicht abgeschlossen werden dürfen und verboten sind. Die Prompt- und Loconotierungen der Produktenbörse finden wie üblich statt.

Die Lohnzahlung im Bergbau und in der Hüttenindustrie gesichert

Essen, 14. Juli. Der Arbeitgeberverband Nordwest und der Zechenverband teilen mit: Entgegen den Zeitungsberichten, daß die Lohnzahlung für die Arbeiter gefährdet sei, erklären wir, daß von seiten der Werke für die Auszahlung der Löhne hinreichend Vorbehalte getroffen sind.

Von den Schweizerischen Börsen

Basel, 14. Juli. (Eig. Draht). An den Schweizerischen Börsen wurden am Dienstag deutsche Werte ebenso wie am Vortage nicht

gehandelt. In Genf sind auch die ungarischen Werte nicht zum Handel zugelassen worden.

Die Lage an der Wiener Börse

Wien, 14. Juli. Die Merkurbank hat vorsichtshalber ihre Schalter geschlossen. Derselben werden morgen nach Beschaffung der Mittel zur Auszahlung von behebender Einlagen wieder geöffnet werden. Die Börsenkammer hat beschlossen, daß mit Rücksicht auf die Schließung der Budapester Börse der Handel in allen ungarischen Wertpapieren an der Wiener Börse bis auf weiteres stilliert wird.

Devisenzuflüsse bei der Reichsbank - Gesicherter Markkurs

Wenn auch der Devisenverkehr durch die Schließung der Börse offiziell aufgehört hat, so verweigert die Reichsbank keineswegs die Vergabe von Devisen, sondern löst gemäß den Bestimmungen des Bankgesetzes das Verlangen Reichsbanknoten gegen Devisen ein. Allerdings werden die Devisen nur noch gegen sofortige Barzahlung abgegeben, und zwar nach dem Kurs, der etwa mit dem vom Samstag übereinstimmt. Durch die Verschärfung der Kreditrestriktion werden von der Reichsbank nur noch Wechsel kurz vor Fälligkeit diskontiert, was ein etwa 50prozentiges Einlösen der Einreichungen bedeutet. Die Reichsbank hat infolgedessen in den letzten beiden Tagen keine Devisenverluste aufzuweisen, sondern sogar einen Zugang an Devisen. Da damit die verschärfte Restriktion den erwarteten Zweck erreicht hat, ist es vorläufig fraglich, ob es zum Erlaß der erwarteten Devisenverordnung kommen wird, da im Anschluß an den Youngplan die Einlösungspflicht der Reichsbank festgelegt wurde.

Die Tatsache, daß die Reichsbank ihrer Einlösungspflicht durchaus nachkommt, hat ihren Eindruck auf das Ausland nicht verfehlt. Nach den anfänglich schwachen Marktkursen, die auf eine gewisse Panikstimmung zurückzuführen waren, hat sich eine allgemeine Besserung durchgesetzt.

Die SPD klagt an ... Die SPD fordert ...

Der Parteivorstand, der Parteiaussschuß und die Kontrollkommission der sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in ihrer Sitzung vom 14. Juli 1931 folgende Kundgebung beschlossen:

„Die Krise hat sich verschärft, Zusammenbrüche größerer Industrien und Bankunternehmungen zeichnen ihren Weg. Mit ihnen bricht die Lüge von der „marginalistischen Mikrowirtschaft“ zusammen, die erfunden wurde, um von den wahren Schuldigen abzulenken:

dem kapitalistischen System und seinen Vertretern.

Die bankrotten Finanzmagnaten und Industrieherrn sind keine Marxisten; sie sind entschiedene Verfechter der kapitalistischen Privatwirtschaft und Geldgeber der antimarginalistischen Propaganda.

Die Sozialdemokratie fordert seit Jahren unermüdlich die Stärkung des gemeinwirtschaftlichen Einflusses, die Unterstellung der kapitalistischen Unternehmen unter die wirksame Aufsicht des Staates. Ihre Forderung blieb unerfüllt. Jetzt verlangen die bankrotten Verfechter des Marxismus Rettung durch den Staat. Jetzt steht die Reichsregierung für die zumungebrochenen Banken gut, jetzt übernimmt sie die Aufsicht über sie.

Das kapitalistische Unternehmertum ruft nach Hilfe des Auslandes, aber ein wesentlicher Teil von ihm hat den verhängnisvollen Wahlsieg der nationalsozialistischen Reaktion im September vorigen Jahres bezahlet und ihr kreditzerstörendes Treiben bis zum heutigen Tage mit allen Mitteln gefördert:

In der Stunde höchster Gefahr fordern wir entschlossene Umkehr.

Die Selbstherrlichkeit der Banken und der Schwerindustrie lähmt die Wirtschaft in den Abgrund. Ihr muß ein Ende bereitet werden. Staatliche Hilfe ist nur gerechtfertigt, wenn der staatliche Einfluß im Interesse der Allgemeinheit dauernd gesichert bleibt.

Eine Vereinigung der Wirtschaft muß herbeigeführt werden ohne Rücksicht auf kapitalistische Sonderinteressen.

Arbeiter und Angestellte sind durch unbedingte Sicherung ihrer Ansprüche auf Lohn, Gehalt oder Unterstützung vor den verderblichen Folgen der Krise, deren unschuldige Opfer sie sind, zu schützen.

Mit Nachdruck erneuern wir die Forderung nach Abänderung der Notverordnung vom 5. Juni und nach Beseitigung des sozialen Unrechts.

Ausländische Hilfe in ausreichendem Maße tut not. Dazu bedarf es einer Außenpolitik der Verkündigung, die weder mit herausfordernden Sappharaden belastet ist, noch auf leere Prestigebedürfnisse Rücksicht nimmt.

Nicht kapitalistische Wirtschaftsanarchie, sondern geordnete Wirtschaftsführung zum Nutzen des Ganzen, nicht Bülkerherziehung, sondern friedliche Zusammenarbeit, nicht sinnlose Verweigerungsakte, sondern planvolle Arbeit für das Volk und für den Sozialismus, nicht Uneinigkeit und Spaltung der Arbeiterklasse, sondern feste Einigung, stärkste Entschlossenheit im Kampf gegen alle feindlichen Gewalten.

Das ist die Forderung der Stunde.

Appell an Frankreich

Seit der verhängnisvollen Nacht vom Sonntag auf Montag, in der der Zusammenbruch der Danabank bekannt wurde, hat die Regierung eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen angeordnet, um die Zustände auf dem Geldmarkt zu meistern. Es gilt zunächst die Liquidationszahlungen sicher zu stellen, damit keine Fremdwährer und keine Störungen in den Produktionsapparat getragen werden und die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht weiter verschlechtert wird. In diesem Zusammenhang wird man das Projekt der Regierung, die Rentenbankfische der Reichsbank, mit deren Hilfe man die Reichsbankkredite um rund 1 Milliarde Mark erweitern kann, in Umlauf zu setzen, billigen und antworten müssen. Da in kritischen Tagen, wie wir sie jetzt erleben, die Gefahr der Selbstentzündung, der Ubertreibung und sinnlosen Panik besteht und zunächst zu Überforderungen an die Banken führt, wird man sehr wahrscheinlich auch mit einer allgemeinen Regelung auf diesem Gebiet zu rechnen haben. Eine solche Regelung wird schon aus Gründen einer erfolgreichen Bekämpfung der Kapitalflucht notwendig sein.

Die letzten Wochen haben fürchterliche Schäden in unserer Privatwirtschaft aufgedeckt. Man wird auf gezieltem Wege und durch Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik die Heilung versuchen müssen. Dabei gehören vor allem eine Reform unseres Aktienrechts zur besseren Kontrolle unserer Aktiengesellschaften, die Wiedereinnahme des Reichsbankgesetzes, die Umlagerung der deutschen Verschuldung, die Neuorientierung unserer Kreditpolitik usw. Alles das sind Maßnahmen auf Sicht. Sie sind in einem großzügigen Reformprogramm am Platz, mit dessen Verwirklichung selbstverständlich sofort begonnen werden muß, das aber nach Lage der Dinge zu seiner Durchführung Zeit braucht.

So notwendig und so selbstverständlich eine „Selbsthilfe“ Deutschlands ist, so beunruhigt sind die Erfolgschancen. Mit Selbsthilfe kann vieles erreicht werden. Deutschland hat aber in den letzten Monaten nach Feststellung des Konjunkturprogramms, infolge durch Kapitalabflüsse und Kapitalflucht 3 bis 4 Milliarden an Kapital verloren. Das ist die Hälfte der Kredite, die die deutschen Banken binnen 3 Jahren im Ausland aufgenommen haben. Hier sprechen Zahlen. Sie klären auch die Situation und zeigen den Weg, der beschritten werden muß, wenn Deutschland Hilfe gebracht werden soll.

Wir stehen an einem kritischen Punkt, an dem Deutschland auf Geheiß und Verberb mit der Finanzhilfe des Auslandes verbunden ist. Selbsthilfe ist gut, ja, ist schön und notwendig. Schließlich muß Deutschland auch sich selbst helfen, aber ohne Auslandskredite geht es nicht. Das zu verkennen, wäre bedenklich und unbedenklich. Deutschland hat in Basel verhandelt, und bei ausländischen Notenbanken Verständnis für die Notwendigkeit finanzieller Hilfe gefunden. Amerika hat seine Mitwirkung zugesagt.

Aber die Entscheidung liegt bei Frankreich. Frankreich ist das Land mit größtem Kapitalüberschuß, das Land, das Deutschland in der gegenwärtigen Situation helfen kann. Nur mit seiner Hilfe ist gegenwärtig eine ausreichende Hilfsaktion für Deutschland durchzuführen. Das ist der Sachverhalt, vor dem Deutschland heute steht. Wir wissen, daß sich gegen diese Hilfe innerhalb der französischen Reaktion scharfe Widerstände geltend machen, daß uns die Nationalisten jenseits des Rheins am liebsten verbluten lassen möchten. Aber es wäre eine Tragik, wenn die Aktion europäischer und internationaler Solidarität an einem geistlosen Nationalismus scheitern sollte. Dieser Nationalismus hat 1914 die Opfer in das furchtbare Maraden gejagt, soll er jetzt den Wiederbau Europas zertrümmern und die Welt abermals in Kammer und Tränen hängen?

Gewiß, auch in anderen Ländern sind schon Banken zusammengefallen, auch in anderen Ländern hat man die Kassenscheitel der Banken geschlossen. Auch anderswo hat die Politik auf dem Geldmarkt die Währungsreserven hinweggeschwemmt und die Wirtschaft, Wirtschaftskredite zu geben und die Räder der Wirtschaft im Lauf zu halten, versucht. In Deutschland hat die Panikstimmung an den Geldmärkten die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung bis jetzt in keiner Weise berührt.

Aber es ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Die etwa 60 Jahre zurückliegende Krise nach dem 70er Krieg ging von einem Zusammenbruch in Oesterreich-Ungarn aus, wie die damaligen Stürmen auf den internationalen Geld- und Kreditmärkten ihren Ausgangspunkt von Wien genommen haben. Damals röh die Zusammenbruch in der österreichischen Geldwirtschaft so ziemlich alle europäischen Länder mit sich. Heute ist Deutschland schon nicht mehr allein getroffen. Die Danabank hat die Schließung weiterer Banken zur Folge gehabt. In Holland sind ebenfalls nach der Pleite der Wiener Kreditanstalt mehrere Banken zahlungsunfähig geworden. Neue Erschütterungen stehen bevor. Auch die Reichsbanken haben bereits die Folgen der Krise zu spüren bekommen. In Danzig mußten die Banken ihre Schalter schließen. Polen steht vor der Panik. Wie lange wird es dauern, bis das Kriegsgelächter auch die Grenzbäume im Westen überfliegt. Krise ist Pest, vor der es kein Heil gibt. Frankreich muß handeln. Bei ihm liegt der Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen schweren Situation.

Es kann, wie das Organ des Reichsanwalters, die Berliner Germania, am Dienstagabend sagt, mit einem Schlag das Jahrzehnte alte Ziel einseitiger französischer Politik, nämlich die wirtschaftliche Freundschaft mit Deutschland, erreichen. Wir verkennen keineswegs, daß es für die französische Regierung angeht, sich der gegenwärtigen innerpolitischen Lage Frankreichs nicht leicht ist, großzügig, wie es einer Nation vom Range des französischen Volkes zukommt, zur Rettung Deutschlands beizutragen. Aber die Situation ist heute die, daß wer Deutschland hilft, zugleich Europa rettet und damit schließlich auch der französischen Nation einen Dienst erweist. So appellieren wir nochmals an Frankreich, schnell den Schritt zu tun, den wir ihm nie verzeihen wollen und der zu einer wahren deutsch-französischen Verständigung mehr beitragen kann und wird, als alle Nachkriegskonferenzen es bisher zuwege gebracht haben.

Freitag Kleinstenrat des Reichstages

Reichstagspräsident Lohse hat den Kleinstenrat des Reichstages für Freitag, den 17. Juli, vormittags 11 Uhr, einberufen. Die Einberufung ist auf Grund der deutsch-französischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge erfolgt, um über die Einberufung des Reichstages Beschluß zu fassen.

Die Diplomaten beraten

Paris, 14. Juli. Am 17. Juli ist der englische Staatssekretär Henderson in Begleitung seines Privatsekretärs Selby in Paris eingetroffen.

Rom, 14. Juli. Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Stimson, ist heute nach Paris abgereist.

Rom, 14. Juli. Außenminister Grandi hat heute im Palazzo Chigi die Botschafter Deutschlands, Englands und Frankreichs empfangen, mit denen er sich über politische Probleme unterhielt.

2 Milliardenkredit?

Die Verhandlungen in Basel

Über die am Dienstag vormittag in Basel stattgefundenen Beratungen erzählt die Neue Zürcher Zeitung: „Dr. Lütfer traf um 9 Uhr morgens am Sitz der B.S.Z. ein, und nahm sofort wieder Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten der B.S.Z. auf. Nachdem die Gouverneure der Notenbanken am Montagabend grundsätzlich beschlossen haben, Deutschland ihre Unterstützung zu leisten, wenn alle Regierungen sie dazu ermächtigen und Deutschland die notwendigen Maßnahmen ergreifen hat, bleibt eine Frist von fünf Tagen, innerhalb der eine praktische Lösung gefunden werden kann. In erster Linie stellt sich die Frage, wie groß der zu gewährende Kredit sein soll. Dr. Lütfer hat keine bestimmte Zahlen genannt. In den Kreisen der B.S.Z. glaubt man aber, daß der Kredit sich heute minimal auf etwa 500 Millionen Dollar belaufen dürfte. Zur Zeit gehört diese Frage nicht mehr in das Ressort der B.S.Z., sondern in dasjenige der Regierungen, die hoffen, daß Dr. Brüning, um die Lösung zu erleichtern, die un-

vermeidlichen politischen Erklärung abgeben wird, die von ihm gewünscht werden und die den Willen Deutschlands zu einer lokalen Zusammenarbeit, einer Politik des Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues bekräftigen.“

Nachdem der Verwaltungsrat der B.S.Z. am Montag beschlossen hat, in die monatlichen Endzahlungen der Beträge auf das Konto des Garantiefonds von 500 Millionen Mark einzuwilligen, ist man der Ansicht, daß der Vorschlag Hoover's, die Schuldentilgungen während eines Jahres einzustellen, am Dienstag in Kraft getreten ist. Deutschland wird daher am Mittwoch nur den Betrag der ungeschützten Annuität, soweit er auf Frankreich entfällt, d. h. 41 686 688 Reichsmark bezahlen müssen. Gemäß dem Abkommen zwischen Washington und Paris wird diese Summe wieder an Deutschland ausgeliehen unter Abzug des Betrags für den Dienst der Younganleihe. Diese Fragen sind es, die der Direktor der B.S.Z. am Dienstag vormittag mit Dr. Lütfer berichtigte.

Friedrich Payer †

Stuttgart, 14. Juni. (Eig. Drabt.) Um 6.40 Uhr ist der einflussreiche Bismarck-Forscher nach 14tägigem Krankheitslager verstorben, nachdem er am 6. Juni seinen 84. Geburtstag im Kreise seiner Familienangehörigen noch in bester Gesundheit feiern konnte.

Mit Friedrich Payer ist der letzte politische Führer des Bürgertums dahingegangen, den man mit Recht einen Volksmann nennen durfte. Als Sohn des Tübinger Universitätsprofessors ist er aus den niedersten Volksschichten zur Höhe des Führertums emporgestiegen, geachtet von allen, die ihm folgten, geführt von den Mächtigen im Staat, die von den demokratischen Forderungen Payers und seiner Partei eine Schwächung ihres Einflusses zu fürchten hatten.

Als Friedrich Payer als ein Gesinnungsgenosse Herweghs, Freiligraths und Ludwig Nauss in das politische Leben eintrat und gemeinsam mit Karl Mayer, Julius Hausmann und Sonnemann die Süddeutsche Volkspartei begründete, war seine Heimat Würtemberg noch im wesentlichen ein Kleinbürgerliches und Kleinbäuerliches Land.

Payer wuchs über die Politik seiner engeren Heimat hinaus und wurde bald auch der Führer des linksliberalen Kampfes im Reich. Als in der schwersten Notzeit des deutschen Volkes gegen Ende des Weltkrieges der Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem vollzogen werden mußte, trat er als Bismarck-Forscher in die Reichsregierung ein und hat durch seine Amtsführung das Seine zur Wahrung des fürchtbaren Zusammenbruchs beigetragen. Den Deutschen infolge der Sünden des Bismarck'schen Regiments erleiden mußte und dessen Nachwirkungen ja auch heute noch nicht überwinden sind.

Damit hat Payer dann mit Rücksicht auf sein Alter seine aktive Teilnahme an der Politik abgeschlossen. An der Waise Friedrich Payers senkt auch die politische Arbeiterbewegung, zu der er selbst nicht gehörte, für deren innere Lebensbedingungen und Ziele er aber stets volles Verständnis besessen hat, grißend ihre Fahnen. Sein Name wird stets von allen mit Dank und Achtung genannt werden, denen es ernst um die äußere und innere Verwirklichung wahrer Demokratie im Staats- und Gesellschaftsleben ist.

Spanische Nationalversammlung

Madrid, 14. Juli. Heute abend um 7 Uhr fand die verjaungende spanische Cortes zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Sanchez Guerra war bei seiner Ankunft Gegenstand lebhafter Kundgebungen seitens der Menge, die das Parlamentsgebäude dicht umlagerte. Um 6.30 Uhr fuhren die Mitglieder der provisorischen Regierung vor. Um 7 Uhr betrat den Ministerpräsidenten, begleitet von einer Abordnung von Deputierten, den Sitzungssaal. Nachdem der Präsident der Cortes die Sitzung für eröffnet erklärt hat, bestieg Ministerpräsident Zamora die Rednertribüne, um eine Ansprache zu halten.

Nationalistische Verleumdungspolitik

Ein Berliner Blatt, die rechtsradikale Deutsche Zeitung, besitzt am Samstag die Unerschrockenheit, in einem aus London datierten, aber amellos in Berlin fabrizierten Bericht die Behauptung aufzustellen, daß die Forderungen der englischen und französischen Presse, den Bau des Panzerkreuzers B einzustellen, auf Londoner Verhandlungen des Führers der Sozialdemokratie Otto Weis zurückzuführen sei. Eine unerschütterte Behauptung haben wir selbst von der „nationalen Opposition“, diesen Verderbern Deutschlands, lange nicht erlebt.

Als der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Otto Weis, kürzlich in London weilte, hat er bei dem englischen Außenminister und anderen maßgebenden Mitgliedern der Labour-Party um Verständnis für die schwierige wirtschaftliche Lage Deutschlands gebittet und, wie wir glauben, solches Verständnis auch gefunden. Er hat seine guten persönlichen Beziehungen zu dem englischen Außenminister und zur Arbeiterregierung in den Dienst Deutschlands gestellt. Er hat in London darauf hingewiesen, daß Deutschland dringend der Hilfe bedarf, wenn das Chaos nicht seinen Lauf nehmen soll. Seit wird ihm das Gegenteil vom dem unterstellt, was er in London verfußt hat. Er hat nicht nur nicht zu verstehen gegeben, daß es der SPD nicht unlieb wäre, wenn England bei den in Aussicht stehenden Finanzverbindungen mit Deutschland als politische Kaufkraft die Einstellung des Baues des Panzerkreuzers B fordern würde, sondern in dem Augenblick, als Sonderkredite diese Frage anschnitt, auf die ganzen innerpolitischen Schwierigkeiten dieser Forderung hingewiesen. Dem Führer der deutschen Sozialdemokratie dennoch das Gegenteil zu unterstellen, ist eine Unverschämtheit, deren nur „nationale“ Männer vom Schlage des rechtsradikalen Berliner Blattes fähig sind. (Hut Teufel!)

Naziabfuhr in Bayern

Bayerns Innenminister warnt die Nazi-Provokateure

München, 14. Juni. (Eig. Drabt.) Die vereinnahmte Sanktionskommission des Bayerischen Landtags, Nazis und Deutschnationalen, erlebten in der Dienststadtung eine böse Mißtur.

In gemeinsamer Interpellation verlangten sie am Dienstag von der Regierung die Billigung der Sanktionskommission der Münchener Universität gegen Prof. Rawitsch und die Mißbilligung der politischen Anordnung gegen das Postenstellen am Stiereralais. In beiden Fällen wurde ihr Anfechten vom Kultusminister und vom Innenminister unter fortgesetztem förmlichem Befehl der übergroßen Mehrheit des Hauses scharf zurückgewiesen, trotzdem die Nazis sich der Sympathie des deutschnational-nationalsozialistischen Justizministers Gürtner erfreuen, der auch gegen das Verbot des öffentlichen Beobachtens zu rebellieren versucht.

Als Ergebnis der Untersuchung der Universitätsauschreitungen teilte der Kultusminister mit, daß gegen den Prof. Rawitsch selbstverständlich nichts unternommen werde, daß aber gegen zwei an den Unruhen führend beteiligte Studenten und gegen eine Anzahl bisher noch unbekannter Studierender ein Verfahren schwebend, das noch nicht abgeschlossen sei.

Die Nazis versuchten wiederholt, durch lärmende Zursätze den Minister am Sprechern zu verhindern. Zu förmlichen Kraxellen und unheimlicher Unterbrechung der Sitzung kam es bei der überaus scharfen Antwort des Innenministers Dr. Stöckel. Dr. Stöckel billigte nicht nur die Maßnahmen der Polizei, sondern sprach ihr wiederholt den allerwärmsten Dank der Regierung für ihre tadellose Haltung beim Einsetzen gegen die nationalsozialistischen Provokateure aus. Unter förmlichem Befehl des Hauses schloß er mit den Worten:

„Ich warne alle diejenigen, die es anseht, weiterhin solche Kraxelproben zu veranstalten, denn die Polizei ist gewaltig und stark genug, jede Verhöhnung der Staatsautorität zu unterdrücken. Jeder Kampf, zu dem die Polizei herausgefordert wird, wird sie mit Kraft und Erfolg zu führen wissen.“

Die Nazi-Abgeordneten fühlten sich von den Streichen, die ihnen der Innenminister versetzte, schwer getroffen. Sie brüllten und tobten, jedoch der Präsident mit der Erteilung von Ordnungsrufen nicht mehr zu Ende kam. Drei der Hauptstreiter wurden nacheinander aus dem Saal gewiesen. Zwei von ihnen leisteten sich beim Verlassen ihrer Sitze schwere Beschimpfungen, jedoch die Sitzung unterbrochen werden mußte, und die beiden Kadaverbilder nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung für weitere acht Sitzungstage ausgeschlossen wurden.

Die Besprechung beider Nazi-Interpellationen wurde von einer Mehrheit des Landtags abgelehnt.

Nazidemonstranten vor dem Schnellrichter

Nazidreißerger finden milde Richter

Stuttgart, 14. Juli. (Eig. Meldung.) Wegen der nationalsozialistischen Demonstrationen gegen den Film „Im Westen nichts Neues“ hatten sich in Stuttgart mehrere Personen vor dem Schnellrichter zu verantworten. Darunter befand sich auch der Hauptstreikführer Oberndorf von M.S.-Kurier. Obwohl ein Kriminalkommissar seine Tätigkeit beobachtet und ihm mehrfach mit den Worten vorwurft hatte: „Wenn Sie noch einmal besen, nehme ich Sie fest!“ redete sich dieser arische Selbstenjüngling darauf hinaus, er habe sich nur zu dem Zweck unter die Demonstranten gemischt, um „berühmend“ auf sie zu wirken. Der Richter war so wohlwollend, dieses Vorbringen nicht als widerlegt anzusehen und sprach ihn frei, obwohl der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis beantragt hatte.

Der mehrfach vorbestrafte Freiler Auerbach wurde zu einer Woche Gefängnis, ein Diplomingenieur Schließer zu 30 M., die Angeklagten Ströde und Mann zu je 20 M., der vielfach vorbestrafte Wilhelm Stumpf zu 40 M., Bäcker und Ulrich zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt. Ulrich erlaubte sich im Gerichtssaal besonders pöbelhaft benehmen zu dürfen und erhielt dafür noch eine Ordnungsstrafe von 10 M.

Auch diese Verhandlung zeigte wieder, daß es die eigentlichen nationalsozialistischen Drabtscheer verstehen, sich bei solchen Gelegenheiten um die Verantwortung für das Unheil, das sie anrichten, zu brüden und daß infolgedessen immer nur die mit geringen Delikten beteiligten Angeklagten zur Bestrafung gelangen, während die eigentlichen Unruhestifter frei ausgehen.

Franzens Versammlungsverbot unzulässig

Reichsinnenministerium gegen braunschweigisches Versammlungsverbot

Der Braunschweiger Volksfreund veröffentlicht das Antwortschreiben des Reichsinnenministeriums auf eine Beschwerde des Reichsbanners wegen des vom braunschweigischen Naziministerium erlassenen Versammlungs- und Versammlungsverbot. In dem Schreiben heißt es: Der Erlass allgemeiner Versammlungsverbote, in denen nicht eine bestimmte Versammlung mit bestimmter Begründung, sondern bis auf weiteres alle Versammlungen verboten werden, ist auf Grund der Verordnung gegen politische Ausschreitungen nicht zulässig. Ich habe sämtliche Landesregierungen hierüber unterrichtet und Braunschweig ermahnt, derartige allgemeine Verbote aufzuheben. Selbstverständlich wird das Recht der Länder, auf Grund von Artikel 123, Abs. 2, der Reichsverfassung, ein allgemeines Verbot für Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel zu erlassen, nicht berührt.

Freistaat Baden

Die Ausgleichsabgabe des badischen Notgesetzes

Wir lesen im Badischen Beobachter:

Die Presse hat bisher noch kaum Notiz genommen von einem außerordentlich bedeutsamen Teil des neuen badischen Notgesetzes. Dasselbe enthält nämlich im Artikel 2 die Durchführungsbestimmungen der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Juni, wonach die Gemeinden, die Gemeindeverbände, Kreise und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechtes verpflichtet werden, die Dienstbezüge ihrer Beamten, einschließlich der Bürgermeister, besoldeten Gemeinderäte und sonstigen besoldeten Organe herabzusetzen, soweit sie höher liegen, als die Dienstbezüge gleich zu bewertender Landesbeamten. Hierbei sind alle Dienstbezüge heranzuziehen, gleichgültig ob sie durch Hauptamtliche oder nebenamtliche Dienstleistungen erworben werden. Um dieses zu ermöglichen, werden die Schlichtungsausschüsse bis zum 31. Januar 1934 außer Wirksamkeit gesetzt. Das badische Notgesetz geht zunächst von der Voraussetzung aus, daß die Bürgermeister und Gemeindebeamten sich der Angleichung ihrer Bezüge an die der Landesbeamten nicht widersetzen. Für den Fall jedoch, daß Widerstand geleistet wird unter Bezugnahme auf Artikel 129 der Reichsverfassung (woblerworbene Rechte) oder auf Privatverträge steht das badische Gesetz die Entziehung einer Ausgleichsabgabe vor. Danach haben die Gemeindebeamten, deren Bezüge höher liegen als die gleichwertiger Landesbeamten, eine Abgabe an die Gemeindefiskus zu entrichten. Die Höhe dieser Abgabe ist gleich dem Betrag, um den die Bezüge des Abgabepflichtigen zu kürzen wären, wenn die Geltendmachung wolverworbener oder vereinbarungsmäßiger Rechte nicht entgegenstände. Bei teilweiser Anwendung der Gehaltsföhrungsmaßnahmen auf den Abgabepflichtigen wird die Abgabe in Höhe des Unterschiedes zwischen Voll- und Teilkürzung erhoben. Das Staatsministerium ist ermächtigt, in Richtlinien mit bindender Kraft festzusetzen, welche Landesbeamten den einzelnen Dienststellen der Gemeinden usw. gleich zu bewerten sind.

Diese Ausgleichsabgabe ist bereits in Baden durchgeführt. Es steht wohl zu erwarten, daß andere Länder folgen werden. Man muß das besonders von Preußen erhoffen, wo bekanntlich manche Oberbürgermeister mehr wie das doppelte Gehalt des Reichsanwalters beziehen. Da diese Einkünfte der Gemeindefiskus zuzurechnen sind, erscheint die Forderung des Mannheimer Stadtrates gegenüber der Behördensführung in eigenartiger Weise. Gemeinden, die hiergegen protestieren, haben den Anspruch auf Kritik wegen Benachteiligung beim Finanzausgleich verloren.

Beamtengehälter und Notverordnung

Unter h. a. Mitarbeiter schreibt uns:

Laßen wir uns nicht der Täuschung hingeben, daß Naziagitatoren nun nicht bei den Beamten kreifen gingen, um für die Notverordnung wieder einzig und allein die „Marxisten“ verantwortlich zu machen. Die letzten Kommunalwahlen haben bewiesen, daß in den Städten sich eine starke Abwendung der Beamten zu den Nazis bemerkbar machte. Und wenn sich diese vollzog, so war es doch nicht von ungefähr. Man rechne eben in jenen Kreisen mit dem „legalen“ Ansehen der Männer vom dritten Reich und da wollte man auch mit von der Partie sein. Die Nazis haben also in den Städten ihr Liebeswerben um die Beamten ganz zu verstanden. Aber unter badischen Händen hat auch eine Anzahl von Landlichen Gemeinden, wohl im großen Übermaß zu den Städten. Und hier erst zeigen die Nazis, wie ernst sie sich um die Rechte der Beamten annehmen.

Wenn die badische Regierung in ihrer Notverordnung einen nachlässigen Abbau der Beamtengehälter bestimmte, so ließ sie sich sicherlich auch zum Gedächtnis von der „Stimme der Massen“ dazu bewegen. Vandalen, Landbau waren es bei den letzten Gemeindefestspielen in Gemeindefestspielen und bei Fußballveranstaltungen die Nazis, die der landlichen Bevölkerung versprochen, bei ihrem Einzug auf den Rathhäuser „ausmitten“ zu wollen. Und welchen Beifall erntete der nationalsozialistische Verammlungsredner, wenn er „Sturm“ lief gegen die hohen Beamtengehälter, gegen das „Serrenleben“, das auf den Rathhäusern geführt wird.

Wenn man einestells sieht, wie die Krise auch ganz besonders die landliche Bevölkerung erfaßt, deren Abwärts insolange Geldknappheit froht, die heute nicht wissen, wie sie morgen ihre „Beute“ beschaffen sollen, begreift man, daß die Methoden der Nazis auf fruchtbaren Boden fielen. Und heute? Kennt man irgend eine Gemeinde in Baden, wo nicht auf den Rathhäusern die von der Zentrale geforderten Einheitsbeiträge liegen, die sich mit einem ganz gewaltigen Abbau für die Gemeindefiskus befassen? Ja, die Nazis stellen sich bei Begründung ihrer Anträge auf den Standpunkt, daß man die Posten in der Gemeindefiskusverwaltung verkleinern solle. Hunderte wurden sich finden als Bewerber und die Gemeindefiskus fürchten dabei große Ersparnisse machen.

So steht in Wirklichkeit die Beamtenfreundlichkeit der Nazis aus, und wenn die Beamten als Stimmgeber ihnen das zu danken wissen, ist man leicht versucht, zu fragen, warum eigentlich die Sozialdemokratie sich so arg für die Beamteninteressen ins Zeug legt, wenn sie doch den Abmarsch derselben ins Nazilager als Quittung bekommt.

Hoffentlich öffnen diese Zeilen auch den Beamten ihre Augen und überzeugen sie von der Ehrlichkeit der Nazi. Ihre Solidarität sollte auch zur Unterstützung ihrer landlichen Kollegen Anwendung finden.

Erlaß wegen Privatgesprächen in Diensträumen

Der Justizminister veröffentlicht einen Erlaß des Finanzministers hinsichtlich der neuen Vorschriften über Fernsprechdienstleistungen. In dem Erlaß des Justizministeriums wird bestimmt, daß die in den Diensträumen vorhandenen Fernsprechanschlüsse von Beamten und Angestellten zu Privatgesprächen nur ausnahmsweise benutzt werden dürfen. Wird die Benutzung des Fernsprechers gestattet, so sind die daraus entstehenden Gebühren zu erheben. Die Vergütungen für die Benutzung dienstlicher Fernsprechanschlüsse in Wohnungen zu Privatgesprächen und die Gebühren für ersparnisfähige Gespräche werden nach den Vorschriften der Fernsprechnutzungsordnung zurückgehoben. Diensträume dürfen an das Fernsprechnetz nur dann angeschlossen werden, wenn die dienstlichen Verhältnisse den dadurch entstehenden Kostenaufwand rechtfertigen und die erforderlichen Geldmittel bereit gestellt sind. Wohnungen von Beamten dürfen nur dann an das Fernsprechnetz angeschlossen werden, wenn es aus dienstlichen Gründen erforderlich ist, daß die Wohnungen in der Regel außerhalb der Dienststunden durch Fernsprecher erreicht werden können.

Die Sache ist sehr einfach

Ein Parteigenosse vom Lande, der in der Kommunalpolitik tätig ist, schreibt uns:

Prüfung macht anscheinend Schule und da darf das „Musterlände“ Baden doch nicht nachhinken. Nachdem nun die mit „gemischten Gefühlen“ in der Parteigenossenschaft aufgenommenen Regierungserweiterung vorgenommen wurde und vom Landtag ratifiziert worden ist, mußte man schon merken, daß anscheinend etwas

nicht „sauber“ ist. Daß das System der Kleinstaaterei letzten Endes mit schwerem finanziellen Ringen zur Erhaltung auch des kleinsten Ländchens mit kostspieligem Verwaltungsapparat verbunden ist, zeigt wiederum am deutlichsten die inzwischen erlassene Notverordnung der badischen Regierung. W. G. sind Notverordnungen immer mit diktatorischen Gewaltmaßnahmen verbunden. Um diesen sieht man es nun ja in Baden, dessen Notverordnung doch sicherlich dem Parlamentarismus schadet, indem man das Parlament ausschaltete und einfach diktierte.

Während man sich in den Gemeindeparlamenten abmüht, den Voranschlag unter Dach und Fach zu bringen, macht es sich die Regierung ein bißchen einfacher. Man diktiert einfach, daß die Gemeinden mit sofortiger Wirkung die vom Staat nicht mehr aufzubringenden Gelder für den Lehrkörper durch Zuschüsse je nach Einwohnerzahl auszubringen haben. „Entgegenkommenderweise“ darf dafür die Gemeindeverwaltung den durch Notverordnung bestimmten fünfprozentigen Gehaltsabbau der Gemeindebeamten fästieren. Wer einen tatsächlichen Einblick in die Gemeindefinanzen hat, läßt darüber und weiß mit diesem „Maienwasser“ nichts anfangen. Die Gemeinden wären letzten Endes gezwungen auf vorläufige Zustände zurückzugreifen, die Schülerzahl der einzelnen Klassen zu vermindern und am Lehrkörper abzubauen. Wer nicht ganz mit verschlossenen Augen im badischen „Musterlände“ einherwandelt, weiß doch auch, daß die landlichen Fortbildung- und gewerblichen Schulen zur Zeit ein geringes Schülerzahl aufweisen und man schon dazu überging mittels Wanderlehrer den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Das Diktat der Regierung wird auch hier wieder dem Lohnproletariat, das in seiner gewerblichen und beruflichen Fortbildung auf den Erhalt dieser Schulen auftritt. Denn es ist doch einmal im praktischen Leben so, daß bei der Zusammenfassung der landlichen Gemeindeparlamente die Vertreter der bäuerlichen Interessen dominieren und größtenteils der Erhaltung dieser Schulen verständnislos gegenüberstehen. Also in Wirklichkeit besteht dann die Gefahr für den Weiterbestand.

Genau so wird es sich auf die Volksschule auswirken. Während man Hunderttausende auswirft, um noch mit Staatsgeldern auf den Volksschulen ein gewissermaßen staatsfeindliches Element den Weg für die Zukunft zu ebnen, erschwert man den Gemeinden den Ausbau der Volksschule, indem man ihnen neue Lasten

aufbürdet. Und man darf es dem Gemeindepolitiker nicht verübeln, wenn auch bei ihm sich Anwendungen bemerkbar machen, daß die meisten der Landespolitiker die „Fühlung verloren“ hat. Meistenteils ist es aber doch so, daß die Vorläufe der politischen Laufbahn zuerst die praktische Mitarbeit im Gemeindeparlament ist. Auch hier ist das Kräfteverhältnis bei Vorlagen ausschlaggebend. Soll man dazu übergehen, hundert Schüler in einem Stall einzupferden und mittels Schnellleiche den Lehrplan wie am Schnürchen abfertigen, so glauben wir sicherlich, daß das in den meisten Gemeindeparlamenten gegen unsere Stimmen Zustimmung finden wird; denn eine alte Erfahrung lehrt, daß die bürgerlichen Gemeindepolitiker immer noch auf dem Standpunkt stehen: „Früher war es auch nicht anders und wir sind auch groß geworden.“

Das Diktat der badischen Regierung bedeutet also eine Gefahr für die Volksschule im allgemeinen, insbesondere aber auch wird den Parteigenossen in den Gemeindeparlamenten die Arbeit erschwert. Statt Ausbau, Abbau, statt Aufbau, Einreihen, ist unvereinbar mit praktischem Sozialismus. Auch wir haben Verständnis für das Sparen, aber soll es immer auf Kosten der minderbemittelten Bevölkerung gehen, dann reißt auch letzter Abbau, wo man wirklich sparen kann, und das ist bei den Volksschulen. Außerdem würde es auch nichts schaden, wenn man noch einen „kleinen“ Abstrich bei den Staatsdotationen gemacht hätte; denn die Kirchensteuerzettel bleiben ja trotz allem Abbau auch auf gleicher Höhe, so darf also ruhig der Staat auch dort Abstriche vornehmen. Wenn man sich aber damit ausreden will, daß durch den Lohnabbau auch die Einnahmen aus der Einkommensteuer sinken, so ist ja gerade die Politik der Regierung Brünning dafür verantwortlich zu machen, sie selbst hat ja auch diesen Ausfall sich ausgeschrieben.

Die Heidelberger Handelskammer hat noch einmal zu dem badischen Sparmaßnahmen Stellung genommen, soweit es eine Zusammenlegung der Handelskammern in Baden vorliegt. Die Handelskammer Mannheim den ganz anders gearteten Heidelberg-Mosbacher Bezirk nicht ohne weiteres miteinwerfen könne. Aus Sparmaßregeln läßt sich eine derartige Zusammenlegung nicht, da die Heidelberger Kammer billiger wirtschaftet als Mannheim.

Aus aller Welt

Hunderttausend Mark gewonnen

In der ersten Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde am Montag mittags auf das Los Nr. 263 881 der Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in der ersten Verteilung in Wien in Berlin gespielt, in der zweiten in Wien in Frankfurt (Bayern).

Schmelings Antritt

Am Montag vormittag traf an Bord des Lloyd-Dampfers „Europa“ der deutsche Boxweltmeister Max Schmeling in Bremen ein. Schmeling wurde zuerst von seiner Mutter, danach von den Vertretern der deutschen Boxsportverbände begrüßt. Gegen 7 Uhr kam Schmeling mit einem Sonderbus aus der Luft-Luft auf dem Berliner Flughafen Tempelhof an. Er wurde ihm von seinen Verehrern ein enthusiastischer Empfang bereitet.

Preisanschreiben für Chorwerke

Der Oesterreichische Arbeiter-Sängerbund veranstaltet aus Anlaß seines im Jahre 1934 bevorstehenden ersten Internationalen Bundes-Sängerfestes einen Wettbewerb österreichischer Komponisten für neue Chorwerke. In Frage kommen Festspiele für Chöre und Orchester, die dem Gefühlstreue des Proletariats entsprechen und eine Aufführungsdauer von höchstens zwei Stunden beanspruchen, ferner Chorwerke mittleren Schwierigkeitsgrades für Männer, oder gemischten Chor (besonders erwünscht ist auch ein Frauenchor) mit einer Aufführungsdauer von höchstens einer halben Stunde, endlich leicht aufzuführende Massenchor ohne Orchesterbegleitung. Auch einstimmige Lieder sind zu dem Wettbewerb zugelassen. Die Einsendungsfrist läuft am 1. März 1932 ab.

Geglückte Zwillingsoperation

In Baltimore (USA) wurde ein famesisches Zwillingsspaar zwei Tage nach der Geburt operativ voneinander getrennt. Die betreffenden Babys waren durch ein Fleischband an den Hüften einander gewachsen. Die Operation ist geglückt.



Norwegen hat jetzt gegen Dänemarks Wunsch das kürzlich von einem norwegischen Walfischfänger besetzte Gebiet an der Ostküste von Grönland annektiert. Die Welt will anscheinend nicht zur Ruhe kommen — selbst wenn es sich um Eiswüsten handelt.

Volkswirtschaft

Badischer Einzelhandel warnt vor übertriebener Kaufzurückhaltung

Die neuen Notverordnungen und insbesondere das vor einigen Tagen erschienene neue badische Notgesetz haben zu einer außerordentlich starken Kaufzurückhaltung geführt, deren Auswirkung für die gesamte Wirtschaft schwerwiegendste Folgen bedeutet. Die Landesregierung des Badischen Einzelhandels hat deshalb ihr Gesamtpräsidium zu einer Sonderberufung einberufen, um in erspöndlicher Aussprache zu der geschilderten Lage Stellung zu nehmen. Nach mehrstündiger Beratung wurde einstimmig beschlossen, mit einer Erschließung an die Öffentlichkeit zu treten, in der es u. a. heißt:

„Der badische Einzelhandel bedauert auf lebhafteste, daß zur Steigerung der Zahlungsfähigkeit des badischen Staates der Erlaß des neuen badischen Notgesetzes vom 10. Juli 1931 notwendig wurde. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese neue Notmaßnahme, selbst wenn sie nur vorübergehender Natur sein sollte, in Verbindung mit der Durchführung des Sparmaßnahmen von tiefgreifender Wirkung auf die gesamte badische Wirtschaft und insbesondere auch auf den Einzelhandel sein wird. Diese Bedenken sind umso größer, als durch die in der Notverordnung vorgesehene neuerliche Gehaltsföhrung für Staats- und Ge-

meindebeamte eine weitere Schwächung der Kaufkraft dieser Kreise herbeigeführt wird, die bei dem heute schon am Rande des Ruins angelangten Einzelhandel unabsehbare Auswirkungen haben muß. Wenn die neuen Gehaltsabbau-Maßnahmen des Reiches und des Landes Baden aber über den Abbau des durch die erfolgten Abzüge Gebodenen und Notwendigen hinaus zu einer Kaufzurückhaltung führen, wie sie sich derzeit selber im ganzen Gebietsleben bemerkbar macht, so sel demgegenüber eine dringende Notwendigkeit erheben. Zahlreiche Zusammenbrüche und ein rapides weiteres Zurückgehen der Steuerertragsmittel, sowie Entlassungen und vergrößerte Arbeitslosigkeit im gesamten Wirtschaftsleben müssen die natürliche Folge eines derartigen Verhaltens der Kaufkraft sein. Der badische Einzelhandel, der stets eine treue Stütze des Staates war und heute noch ist, wird seinerseits in weitgehendem Umfang an allen Maßnahmen mitwirken, die geeignet sein können, das Land und das Reich aus der derzeitigen schwierigen Lage herauszuführen, glaubt aber andererseits auch fordern zu dürfen, daß die Kaufkraftverhältnisse für die gebodenen Notwendigkeiten jetzt und nicht noch weiterhin durch unerschütterte Kaufkraft und Kaufzurückhaltung selbst die Katastrophe herbeiführt. Nur klare Vernunft, sich bewußtes wirtschaftliches Denken und gegenseitiges Vertrauen und volles Hand- in Hand-Arbeiten kann uns wieder aus der Notlage herausführen, in die wir im Laufe der Jahre hineingeraten sind.“

Reichsjustizministerium untersucht Nordwollekonzern

Berlin, 14. Juli. Am Montag waren Ministerialdirektor Ernst Schäfer und Oberregierungsrat Dr. Leben vom Reichsjustizministerium in Bremen anwesend, um sich über den Stand des Verfahrens gegen die bisherigen Leiter des Nordwolle-Konzerns, Brüder Rabusen, näher zu unterrichten.

Gewerkschaftshochhaus in Frankfurt

In Frankfurt a. M. ist in der Nähe der Wilhelmsbrücke am Sonntag ein neues Gewerkschaftshaus von der freigeorganierten Arbeiterkassette eingeweiht worden. Es ist ein Hochhaus von acht Stockwerken und ein neues wirkungsvolles Stück des Werkes als am unteren Main. Erbaut wurde es von den Architekten Laut (Berlin) und Hoffmann.

Der Reichserwerbslosentag für Berlin verboten

Der Reichsausschuss der Erwerbslosen hatte kürzlich beschlossen, am 15. Juli einen Reichserwerbslosentag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen — „als Protest gegen den Hungerfeldzug der Brüningregierung“ — durchzuführen. Wir erfahren, hat der Berliner Polizeipräsident diese Kundgebung für Berlin verboten.

Gewinnauszug

4. Klasse 37. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotsen gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 13. Juli 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2	Gewinne zu 10000 M.	263881
4	Gewinne zu 5000 M.	264460
4	Gewinne zu 3000 M.	83965 222309
10	Gewinne zu 2000 M.	18719 174249 247952 253929 266401
36	Gewinne zu 1000 M.	23768 27754 87052 163694 182111 212777
222204	242092 259118 260925 273234 277035 320811 357008 359681	
369257 374812 397214		
34	Gewinne zu 800 M.	14011 39637 42398 53596 62934 66016
85358 85478 85617 103283 123726 126002 213930 240080 241743		
265491 294999		
60	Gewinne zu 500 M.	67976 104236 106276 139082 141375 147983
185058 185861 207535 212888 218960 224362 227536 236790 238556		
240977 252024 253585 256153 259982 284727 296461 298999 307192		
322231 330719 339925 380128 381548 389138		

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2	Gewinne zu 10000 M.	27019
4	Gewinne zu 5000 M.	40919 172128
8	Gewinne zu 3000 M.	65435 171881 183436 290508
8	Gewinne zu 2000 M.	86593 198314 278297
16	Gewinne zu 1000 M.	40183 54981 82436 207583 223764 251420
265686 379984		
40	Gewinne zu 800 M.	30121 74916 118580 123018 126508 138308
176433 181184 193873 198061 238880 238148 244310 260920 269841		
270517 292134 350353 385714 399102		
48	Gewinne zu 500 M.	11684 17219 31111 21209 69762 114020
129438 126897 129002 161746 182224 184683 210863 218691 247430		
317159 334697 346847 348519 348585 364682 386978 388624 394693		

Protestversammlung der Gemeindebeamten und Angestellten

Wie überall im Lande, so hat man auch in Karlsruhe alle bürgerlichen Beamten und Angestellten zu einer Protestversammlung zusammengerufen, die gestern abend im kleinen Festsaal stattfand und schwach besucht war.

Im Namen der einladenden Verbände eröffnete der Stadtoberinspektor Wegel die Versammlung und übernahm gleichzeitig das Aufklärungsreferat für den Abend. Er streifte kurz die Lage, in der sich die Beamten befinden und fand so dann starke Worte gegen die neue badische Notverordnung. Es ist sicher zu verstehen, daß diese Notverordnung neue Ungerechtigkeiten und soziale Uebelstände hervorruft. Gewiß sind auch wir der Auffassung, daß alle Teile des Volkes zu Leistungen herangezogen werden müssen, vor allem aber die, die heute noch dazu imstande sind. Beim Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten ist diese Grenze längst überschritten. Im Kampf um die neue Notverordnung kann das Ziel aber nur das Recht sein. Die Rechtslage über das Notgesetz ist aber rechtswidrig und verfassungswidrig. Deshalb bekämpfen wir die Gemeindebeamten und Angestellten dieses Gesetz.

Für den Berufsverein höherer Beamten sprach Herr Stadtdirektor Dr. Wed. Er brachte Vergleiche zwischen Staats- und Gemeindebeamten und steht in der Notverordnung eine weitere Benachteiligung aller in den Gemeinden tätigen Beamten und Angestellten.

Stadt v. Höher sprach für den Gesamtverband, der sich ebenfalls an dieser Protestaktion beteiligte. Er glaubt, wenn so tiefe Einschnitte in die Rechte der Beamten unternommen werden, dann könne dies nur durch Mehrheitsbeschlüsse des Landtags erfolgen. Deshalb unterstützt er auch die Forderung auf sofortige Einberufung des Landtags. Er vermißt das gute Zusammenarbeiten zwischen den Arbeitern und den Beamten, wie das in den Jahren 1918/21 der Fall war. — Der starke Beifall quittierte die Ausführungen des Redlegenden Höher.

In der Diskussion sprachen zwei Beamte, wovon der eine verfuhr, für die A.D. Gesetze zu machen.

Auch ein Anhänger der Nazis machte sich bemerkbar, der sein schwaches „Deutschland erwache“ in den Saal rief. Es scheint, als ob sich diese Herrschaften überall dort mit ihrem Schlagtruf melden, wo sie selber nichts wesentliches zu sagen haben und ihr wirkliches Wissen über den Stoff verliert. Die Versammlung nahm den Ruf mit großem Gelächter auf. Um 11 Uhr konnte die anregend verlaufene Versammlung durch den Leiter geschlossen werden, nachdem zuvor folgende Entschließung angenommen worden war:

Die Beamtenschaft der Städte Karlsruhe, Durlach und Ettlingen lehnt das Notgesetz des Bad. Staatsministeriums vom 9. Juli 1931 als verfassungswidrig und rechtsunzulässig ab.

Sie erhebt vor aller Öffentlichkeit Anklage gegen diesen Rechts- und Vertrauensbruch. Sie verlangt den sofortigen Zusammentritt der Volksvertretung und die Aufhebung des Notgesetzes durch diese.

Sie bittet den Herrn Reichspräsidenten, das Bad. Notgesetz gemäß Artikel 48 Abs. 4 Nr. 4 Nr. außer Kraft zu setzen.

Sie fordert gleichzeitig die badischen Städte auf, die durch das Notgesetz geschiedenen ortsüblichen Einkünfte in das Selbstverwaltungsrecht als rechtsunzulässig abzulehnen.

Kleine bad. Chronik

Auf offener Straße erschoten
Sasbach (Amt Bühl), 14. Juli. Der 38 Jahre alte Tagelöhner Karl Ott hat den 26jährigen Bahnarbeiter Karl Wabinger gestern abend auf offener Straße erschoten. Als Grund der furchtbaren Tat vermutet man familiäre Zwistigkeiten.

Schwere Verkehrsunfälle
Kind tot gefahren

Kastatt, 14. Juli. Gestern abend überfuhr der Chauffeur Eckerle aus Kastatt in der Rosenstraße das vier Jahre alte Töchterchen des Gendarmereiwachtmeysters Kugler. Die Verletzungen des Kindes waren so schwerer Natur, daß das Kind alsbald starb. Der unvorsichtige Fahrer wurde einstellt bis zur Klarstellung des Sachverhaltes in Haft genommen.

Achern, 14. Juli. Der Pfälzermeister B. aus Achen ist hier mit dem Motorrad gefürzt und hat sich schwere Verletzungen im Gesicht und Oberhemdel zugezogen. Er wurde ins Acherner Krankenhaus verbracht.

Gautenbach (Amt Bühl), 14. Juli. Gestern abend fuhr ein Schweizer Auto, dessen Lenker die Herrschaft über das Steuer verloren hatte, gegen einen Baum. Der Anprall war so stark, daß die Vorderräder mit Köpfe weggerissen wurden. Der Führer und ein Mitfahrer wurden durch die Schuttscheibe in weitem Bogen herausgeschleudert, erlitten jedoch nur Schnittwunden. Der Wagen selbst fing Feuer und verbrannte.

Dobenheim (Amt Bruchsal), 14. Juli. Von der Tenne geküßt. Der 60 Jahre alte Waldhüter Stricker fiel rücklings von der Tenne in die Scheuer und erlitt neben einem Wirbelbruch noch innere Verletzungen. In sehr bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte in die Heidelberger Klinik verbracht.

Dossenheim, 14. Juli. Das Messer spielte hier in einem Kaufhandel zwischen zwei Steinbrechern eine große Rolle und wurden beide erheblich verletzt, der eine, der verheiratete, sogar so schwer, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird. Er wurde in die Klinik nach Heidelberg verbracht.

Kehl, 14. Juli. Zwei unbekannte Personen ertranken. Am Sonntag vormittag bemerkte ein Passant auf dem linken Rheinufer einen mit den Wellen kämpfenden Mann, der schließlich in den Fluten versank. Trotz sofort ausgenommener Nachforschungen gelang es nicht, den Ertrunkenen zu bergen. Nach einem am Ufer aufgefundenen Fahrrad scheint es sich um einen Karl Müller aus der Badstraße in Straburg zu handeln. — Zur gleichen Zeit bemerkten zwei Badende im Kleinen Rhein bei der neuen Brücke einen mit den Wellen verzweifelt ringenden Mann, der ebenfalls in den Fluten versank, ehe ihm Hilfe geleistet werden konnte. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Die Identität konnte nicht ermittelt werden.

Waldbühl, 14. Juli. Feuer durch Blitzschlag. Gestern abend gegen 7 Uhr schlug der Blitz in Luttingen in das Anwesen des Landwirts Bernhard Lamber ein und zündete. Das große Anwesen wurde bis auf die Grundmauern eingeäschert. Auch der größte Teil der Fährnisse verbrannte. Der Gebäudeschaden wird auf 30 000 Mark geschätzt.

Kuhloch, 14. Juli. Vorübergehende Stilllegung. Die Kreuter Ziegenwerke werden, den Wäffern zufolge, zum Zwecke einer ordnungsmäßigen Umorganisation ihren bisherigen Betrieb auf einige Zeit stilllegen. Nach Durchführung der Umstellung sollen sämtliche jetzt zum Feiern gezwungenen Arbeitsträfte wieder eingestellt werden. Das Werk beschäftigt etwa 800 Leute.

Was wird mit Linoleumwerk Maximiliansau?

Verhindert die Stilllegung!

Ueber den neuesten Wirtschaftsstand der Pfläzer Post:

In der Generalversammlung der „Deutschen Linoleumwerke A.G.“, die Ende Mai in Bietigheim stattfand, machte sich eine scharfe Opposition gegen die Verwaltung der Gesellschaft geltend. Der Leitung des Konzerns wurde u. a. zum Vorwurf gemacht, daran schuld zu sein, daß die Aktien dieses Unternehmens von 300 Prozent auf 60 Prozent gesunken sind. Ferner wurde die Behauptung aufgestellt, daß beim Ankauf eines Aktienpaketes, das dem Generaldirektor Dr. Heilner gehört hatte, Schieflungen vorgenommen seien. Die Aktionäre fühlten sich durch diese und andere Manipulationen benachteiligt. Die Bilanz, die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates wurde zwar genehmigt, aber eine nicht unerhebliche Minderheit (über 10 000 Stimmen) stimmte dagegen. Die Einsetzung einer Revisionskommission fand sogar 13 328 Stimmen, auf der Gegenseite aber fanden 340 756 Stimmen. Der Führer der Opposition, Justizrat Dr. Gottschalk, hat gegen die Beschlüsse der Generalversammlung einen Anfechtungsprozess angedreht.

Es ist in der Gesellschaft also der schönste Kampf im Gange, der durch das in Aussicht stehende Urteil wahrscheinlich nicht beendet sein wird.

Und der Grund dieser Entwicklung, die den deutschen Linoleumfabriken viele Millionen gekostet hat und weitere noch kosten wird?

Der oben genannte Generaldirektor Dr. Heilner hatte den Ehrgeiz, der „Linoleum-König“ zu werden. Sein Streben, den größten Teil der Linoleum-Fabrikation zu einem Trust zu vereinigen, hatte Erlöse. Bedeutende und gut florierende Werke, u. a. auch das Linoleumwerk in Maximiliansau, schlossen sich mehr oder weniger freiwillig dem Trust an. Die Betätigung um jeden Preis aber brachte es mit sich, daß auch solche Werke aufgenommen wurden, deren Wert und Leistungsfähigkeit sehr fragwürdig ist. Darunter fallen besonders Werke, die im Ausland liegen. Das hatte zur Folge, daß das Geld, das in den deutschen Werken verdient wurde, zur Stilllegung dieser ausländischen Produktionsstätten benötigt wurde. Man spricht von mehreren Millionen, die genaue Anzahl wird man wohl schwerlich erfahren. Zum Schaden der deutschen Gesamtwirtschaft wurde also hier eine internationale Vertrustungspolitik getrieben, zu der nicht die mindeste Veranlassung vorlag, abgesehen von dem Ehrgeiz des Dr. Heilner, eben „Linoleum-König“ werden zu wollen.

Wenn die „Außenleiter“ der Aktionäre, die Kleinen und mittleren, sehen, wie in diesem Konzern mit dem Gelde gehandelt wird, ist ihr Unwille verständlich. Sie wollen eben auch keine Stiefkinder der kapitalistischen Produktionsweise sein.

Nun aber, nachdem die Aktien von 300 auf 60 Prozent gesunken sind und damit die Aussicht auf reichliche Dividenden sich verflüchtigt hat, soll es ans „Sanieren“ gehen. Würde dies auf Kosten der wahrlich nicht notleidenden Großaktionäre geschehen, brauchten wir darüber kein Wort verlieren. So ist es aber leider nicht. Der Konzern arbeitet gegenwärtig mit Verlust. Diesen zum Verschwinden zu bringen, böte keine besondere Schwierigkeit. Man brauchte nur diejenigen Leiter des Konzerns abzubauen, die, wie Dr. Heilner, nach Ansicht der unabhängigen Aktionäre an der rückläufigen Rentabilität der Linoleumproduktion schuld sind. Wir brauchen wohl kaum betonen, daß diese Eventualität bei der notwendigen Sanierung des Konzerns nicht ins Auge gefaßt ist. Im Gegenteil! Es soll eine Art gewährt werden, gegen die wir mit aller Schärfe protestieren, da sie das Wirtschaftsleben der Südpfalz in sehr fühlbare Mitleidenschaft zieht. Der Konzern hat die Absicht, das Linoleumwerk Maximiliansau völlig stillzulegen, wodurch rund 400 Arbeiter und Angestellte mit Frauen und Kindern auf das Straßenpflaster fliegen würden! Was das für die industriearme Südpfalz bedeuten würde, ist klar. 400 Arbeitslose mehr würden der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen, die so gut wie keine Aussicht hätten, jemals wieder in den Produktionsprozess eingereiht zu werden.

Das gilt es, zu verhindern! Es ist ein unerträgliches Gedanke, daß unfähige und unverantwortliche Leiter eines industriellen Konzerns ungestraft derart mit Menschenschicksalen spielen können und dürfen. Die Frage ist, ob es bei gutem Willen der maßgebenden Instanzen möglich ist, das Schlimmste zu verhindern und den 400 von der Arbeitslosigkeit Bedrohten Lohn und Brot zu erhalten. Es muß möglich sein! Das Werk Maximiliansau ist eines der leistungsfähigsten, mit den modernsten Maschinen ausgestattet, mit einem Stamm fleißiger und hochqualifizierter Arbeiter, dazu wegen seiner Lage unmittelbar am Rhein durch die allerbeste Transportmöglichkeit bevorzugt. Es ist die einzige Linoleumfabrik der Pfalz und Bayerns, um deren Erhaltung alle Regierungen sofort besorgt sein müßten. Es ist Aufgabe der Staatsgewalt, hier einzugreifen.



Das Direktionsgebäude der zusammengebrochenen Norddeutschen Wollkammererei in Bremen

Gemeindepolitik

Der Heidelberger Stadtrat gegen das badische Notgesetz
Ein Beschluß des Heidelberger Stadtrats erhebt gegen das badische Notgesetz vom 9. Juli scharfen Einspruch, weil das Anbörungsrecht verletzt sei und den Gemeinden neue untragbare Lasten auferlegt würden. Der Stadtrat verlangt, daß der Vollzug des Notgesetzes ausgesetzt und den Gemeindevorständen uneingeschränkt Gelegenheit gegeben wird, zusammen mit den verfassungsmäßig zuständigen Stellen des badischen Landes die Sanierung der badischen Staatsfinanzen in Angriff zu nehmen.

Gemeinderatsbeschlüsse

Bergheim (Sitzung vom 9. Juli)
Der Ratsschluß der Gemeindevorstände vom Monat Juni wird zur Kenntnis genommen, desgleichen ein Schreiben des Herrn Eder über Ausbeute der Rohweide. Ein weiteres Schreiben des Bezirksamts über Feststellung des Gemeindevoranschlags zur Kenntnis. Von einer Erweiterung des normalen Stiefplatzes sowie Nebenbenutzung im Gemeindevorstand soll dieses Jahr Abstand genommen werden. Von einem Schreiben des Arbeitsamts Karlsruhe über Vorauszahlungen des Gemeindefinanziers der Arbeitsfürsorge kam zur Kenntnis, desgleichen ein solches vom Innenministerium über die Gemeindevorstandsorganisation. Die Stundenlöhne der Gemeindevorstände und Arbeiterinnen wurden gegen unsere Stimmen von 70 auf 65 Pf. bzw. von 40 auf 35 Pf. herabgesetzt. Ein Schreiben der Fa. Bormüller dir. Hochwasserlöcher wurde in ablehnendem Sinne verbeschieden, da die Gemeinde vom Staat noch keine Mittel für derartige Zwecke erhalten hat, noch erhalten wird. Die Abnahme der Badreinigungsarbeiten soll am Freitag, 10. Juli, vorgenommen werden. Die Vergebung der Waldarbeiterstelle wurde auf eine spätere Sitzung zurückgestellt. Die Arbeitseinteilung für die nächste Woche wurde vorgenommen.

Bietigheim (Sitzung vom 11. Juli)

Von den in großer Anzahl vorgelegenen Arbeitsgesuchen konnten nur einzelne genehmigt werden. — Die Gemeinde steht zur Zeit mit Referenten in Unterhandlung betr. Neuanstellung von Brunnenträgern. — Eine Dachreparatur auf dem alten Schulhaus soll im Submissionswege zur Vergebung gelangen. — Die mit Stiefplätzen ausgefüllten Straßen sollen mit der Dampfwalze befahren werden. Der Voranschlag für das laufende Geschäftsjahr wurde nach mehreren Beratungen vom Gemeinderat angenommen.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe.
Volksknechtademe. In dieser Woche findet wegen Aufführung der Operette keine Singprobe statt. 5628

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte
Das atlantische Tief schiebt über den Kanal nach Mitteleuropa. Wetterausichten für Donnerstag, den 16. Juli 1931: Kühler und unbeständig mit zum Teil gewitterigen Regenschauern. Frische westliche bis nordwestliche Winde.

Zur Eröffnung unseres Ladens im bisherigen Anwesen Philippstr. 19, veranstalten wir einen

MÖBEL-Sonder-Verkauf

zu staunend billigen Preisen

Überzeugen Sie sich von der großen Auswahl in nur guter Qualität

Für

Möbelkäufer und Brautleute

die günstigste Gelegenheit zum Einkauf.

Möbelhaus HEINRICH KARRER

19 Philippstraße 19

Kostenlose Aufbewahrung und Lieferung. Im Ratenkaufabkommen. 5625

Partei-Nachrichten

Für die Einheit der Partei Gegen die Seydewitz-Rosenfeld-Gruppe

Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in seiner Sitzung vom 14. Juli folgenden Beschluss gefasst:

Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist in der gegenwärtigen Sturzzeit mehr denn je eine unabdingbare Notwendigkeit. Demgegenüber steht jedoch fest, daß auf der Grundlage der marxistischen Bürgergemeinde und einer besonderen Referentenvermittlung innerhalb der Parteiorganisation die Anläufe zu Disorganisationen geschaffen sind, die neben der Sozialdemokratischen Partei ein Sonderpartei führen.

Dazu kommt die Aufforderung der Zustimmungserklärung zu dem „Mahuruf“ in Nr. 13 des Klassenkampf, und die Sammlung von Unterschriften, die nur den Zweck haben kann, Adressenmaterial zu sammeln, das die Grundlage eines weiteren Ausbaus der Sonderorganisation ist.

Nach den Erfahrungen der Vergangenheit haben solche Vorgänge ihre eigenen Gesetze. Gleichgültig, ob die Urheber dieser Maßnahmen die Spaltung wollen oder nicht, besteht die Gefahr, daß das zur Spaltung der Partei führt.

Jede Betätigung in diesem Sinne ist unvereinbar mit den Interessen der Partei und muß als parteifeindlich und als Handlung angesehen werden.

Der Parteiausschuss verlangt deshalb die Einstellung der Sammlung von Unterschriften, sowie aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.

Gewerkschaftliches

Aussperrung bei Daimler-Benz beendet

Aus Mannheim wird gemeldet: Die Aussperrung bei der Firma Daimler-Benz ist beendet. Die Arbeit wurde Dienstag vormittag wieder aufgenommen. Die Firma Daimler-Benz wollte die Arbeiter von 116 Minuten auf 100 Minuten herabsenken. Durch Verleihung von Handlungen zwischen Belegschaft und der Firma ist nun festgelegt, daß die Arbeiter um sechs Minuten reduziert werden. Dieser Vergleichsvorschlag wurde in einer Urabstimmung der Belegschaft mit Majorität angenommen. Damit ist dieser Streitfall beigelegt.

Abschluss des Fabrikarbeiterverbandstages

Der Münchener Verbandstag der Fabrikarbeiter ist nach sechstägiger Dauer im Zeichen großer Einmütigkeit und Kampfschloffenheit zu Ende. Der letzte Tag brachte noch zwei Vorträge; einen von dem Verbandsvorsitzenden Thiemig über den bevorstehenden Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. und einen von Frau Jammert über die Agitation unter den Frauen. Unter den zahlreichen, meist mit erdrückender Mehrheit gefassten Beschlüssen verdient besondere Erwähnung der zur Arbeitslosenunterstützung des Verbandes. Die Beschlüsse der Unterstützung wurde teilweise erweitert. Der Verbandstag hat über 15.000 Invaliden zu unterstützen, was eine monatliche Ausgabe von über 160.000 M verursacht. Durch Beschluss wurden die bisherigen Bezüge gesichert. Zum Schluss nahm der Verbandstag Abschied von seinen Führern August Breg und Emil Girbig. Breg mußte infolge seines Alters und seiner geschwächten Gesundheit zurücktreten. Er hat den Verband vor 41 Jahren gegründet und ist seit dieser Zeit sein aktiver Führer und erfolgreicher Vorsitzender gewesen. Mit bewegten Worten legte der alte Kämpfer sein Amt nieder; er appellierte an die Jugend, auszuhalten in dem schweren Kampf. Girbig trat ebenfalls infolge seines Alters in den Ruhestand. Er war vom Tage der Gründung des Glasarbeiter-Verbandes bis zum Jahre 1926 nach erfolgter Verschmelzung dessen Vorsitzender und zuletzt Sachberater im keramischen Bund.

Brens Plas wurde nicht mehr befehligt. Thiemig und Karl bleiben weiterhin Vorsitzende. Ihnen wurde als Sekretär Reider (Heilbronn) beigegeben. Am letzten wurde die gesamte Vorstandschaft mit allen gegen eine Stimme wiedergewählt. Der nächste Verbandstag findet 1934 in Breslau statt.

Die Betriebsrätearbeiten bei der Preussischen Wasserbauverwaltung brachten den freien Gewerkschaften einen vollen Erfolg. Von 2624 gültigen Arbeiterstimmen entfielen auf die Vorklassliste der freien Gewerkschaften 2216 oder 84,5 Prozent, auf die Liste der Christen 408 oder 15,5 Prozent. Von den 280 gültigen Anstellertenstimmen wurden für die freigewerkschaftliche Liste 191 oder 68,2 Prozent und für die Christen 89 oder 31,8 Prozent abgegeben. Sämtliche 5 Arbeiterstimme und die beiden Anstellertenstimme des Hauptbetriebsrates fielen den freien Gewerkschaften zu.

Bei den Betriebsrätearbeiten in der Metallindustrie des Bezirks Hannover erlitten, wie aus dem jetzt vorliegenden Gesamtergebnis hervorgeht, die Gewerkschaften eine vernichtende Niederlage. Die freien Gewerkschaften erhielten 59 Mandate, die Christen 13, die KPD 15, die Gelben 7 und die Nazis 4 Mandate.

Sport

Der 1. Kraftsportverein Hagelsied feierte am Sonntag, 12. Juli, mit vollem Erfolg sein 10jähriges Bestehen. Morgens 7 Uhr fanden bei guter Beteiligung die leichtathletischen Kämpfe ihre Eröffnung, die sehr gute Ergebnisse zeigten. Radmittags konnte leider durch die drückende Hitze das vorgesehene Programm nicht ganz zur Durchführung kommen. Die Darbietungen selbst waren mit Liebertranz der beiden hiesigen Gesangsvereine „Frohsinn“ und „Liebertranz“ umrahmt. An dieser Stelle sei auch unserem Bruderverein Sport- und Körperpflege Karlsruhe-Ost der Dank ausgesprochen für die selbstlose Mitwirkung. Ihre vollkommenen artistischen Vorführungen fanden den ungeteilten Beifall aller Zuschauer. Am nachfolgenden Tage noch kurz die besten Ergebnisse der leichtathletischen Kämpfe. Im Faustkampf wurde 1. Sieger G. Lang; im Hochsprung: G. Wälder; Weisprung: G. Lang; 100-Meter-Lauf: Emil Lang, 11,5 Sek.; 400-Meter-Lauf: G. Lang; 800-Meter-Lauf: G. Wälder; 1500-Meter-Lauf: G. Lang.

Handball

Auscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft in Prantenthal Turngemeinde Durlach I. (3. Bezirk) — Freie Turnerschaft Prantenthal I. (2. Bezirk) 4:6 (3:4).

Der Austragungsort obigen Spiels hatte diesmal nicht ganz die gewohnte Anziehungskraft, was darauf zurückzuführen sein dürfte, daß man dem Vertreter des 2. Bezirks einen sicheren Sieg ohne weiteres zuschrieb, in der Dampfabende jedoch sich wohl auch hier die herrschende wirtschaftliche Not bemerkbar machte. Die trotzdem recht zahlreich vertretenen Handballmänner der näheren Umgebung sind jedoch nicht ganz auf ihre Rechnung gekommen. Um es vorweg zu sagen: Prantenthal hat die in ihre Mannschaft gesetzten Erwartungen in keiner Weise befriedigen können, während Durlach nach der angenehmen Seite hin sehr überraschte.

Schießsport

Prantenthals Antritt kommt nur bis zur gemeinsamen Verteidigung und geht Durlach gleich fort zum Angriff über. Durlach gelang es sofort in den ersten Minuten ein Tor zu erzielen, das wegen Liebertranz jedoch nicht gewertet werden kann. Prantenthals Sturm legt sich durch, doch der Schuß geht aus unrichtiger Stellung daneben. Durlachs Durlach findet sich wieder und kann gerade noch mit dem Fuß abwehren. Prantenthals Torwart zum Eingreifen. Ein schöner Angriff Prantenthals landet bei Durlachs Schutzmännern und schon wieder verdrängt Durlach eine gute Chance. Prantenthals verliert sich auf weite Seitenlagen und muß Durlachs Torhüter sein Können wiederholt unter Beweis stellen. Nach kurzem Spielstand und Freiwurf kann Prantenthal in der 9. Minute unglücklich einstecken. Prantenthals Sturm macht sich wieder bemerkbar. Durlachs Abwehr wird härter. Am Ende des ersten Halbzeitintervalls erzielt Prantenthal ein Tor, das wegen Liebertranz annulliert wird. Kurz darauf stellt Prantenthals Halbdreher Robert Spodowitsch auf 3:1 (22. Minute). Eine Minute später und die Partie steht 3:2. Durch die mangelnde Leistung Prantenthals Sturm wird eine sichere Sache ausgefallen, während das 2. Tor Prantenthals durch einen Freiwurf erzielt. Prantenthals Sturm kommt nicht mehr zum gezielten Angriff. Erst nach Ablauf eines Stürmers, der einen Freiwurf erzielt, ist Prantenthal zum 4. Mal erfolgreich.

Schluß 4:3 für Prantenthal

Durlachs Anspiel wird sofort unterbunden. Eine Gabe für Durlach wird nicht verwertet. Prantenthal drückt durch, doch der Schuß geht knapp daneben. Die drückende Hitze macht beiden Mannschaften ansehens schwer zu schaffen. Man vermischt jede gelockerte Spielhandlung wieder zu erwidern und gelangt Prantenthal sofort auch Durlach zum zweiten Mal den Ausgleich. Durlachs Abwehr wird härter. Strafschüsse für Prantenthal erfolglos. Durlachs Torwart kann scharfen Schuß mit Not abwehren. Eine Serie von Freiwürfen für Prantenthal bringt nichts. Prantenthal verliert schließlich ohne Erfolg. Ohne schätzbaren Grund verläßt sich ein Prantenthals Stürmer eine Unfaires, die mit Plausibilität des fälligen Spielers gegenüber Prantenthal spielt zusammenhängend. Durlach kann das Spiel überlegen gestalten, das aber verhältnismäßig schwach. Aus guter Stellung schießt Durlach an die Latte. Auch ein Fernschuß verfehlt sein Ziel. Prantenthals Torwart hat alle Hände voll zu tun. Mit viel Glück verfehlen einige Minuten vor Spielende die beiden Mannschaften den Ball ins Tor. Die Partie endet in höchster Not für Durlach. Schon glaubt man an eine Verlängerung der Partie, als Prantenthals Linksaußen einen scharfen Schuß andringt, der die Torhüter streifend unglücklich in die Netze verwickelt auf Ausgleich. Die letzte Minute sieht Prantenthal im Angriff und mit Ablauf der regulären Spielzeit erzielt Prantenthal auf 4:4 für Prantenthal. Damit ist für Prantenthal die Teilnahme an der Zwischenrunde gesichert und wünschen wir der Mannschaft weitere Erfolge, die bestimmt nicht ausbleiben, wenn eine prinzipielle gestrige Umstellung etwas greift, was im Interesse des Gesamtbezirks dringend erwünscht ist. Der Schiedsrichter leitete zufriedenstellend.

Aus dem Gerichtssaal

Die Ausschreitungen in und vor dem Café Odeon vor dem Schnellrichter

Am Die bekannten Ausschreitungen, die sich am Sonntag Abend im Café Odeon und vor diesem Lokal in der Kaiserstraße zutrugen und das Einschreiten der Polizei erforderlich machten, bildeten, wie wir gestern schon kurz berichteten, Gegenstand einer dreitägigen Verhandlung vor dem Schnellrichter (Einzelrichter: Amtsgerichtsrat Baßfisch). Neben Hausfriedensbruchs, Körperverletzung, Beamtenehrlidung, Sachbeschädigung und Mißachtung polizeilicher Anordnungen hatten sich zu verantworten der Schneider Wilhelm Gorenflo aus Friedrichstal, der Mechaniker Rudolf Karmann von hier, der Friseur Walter Paul Schultze von hier, der 19jährige Gärtnerlehrling Roman Baumann von hier, der Student Paul Trautwetter von hier, der Feinmechaniker Heinrich Schröder von hier und der Schneider Josef Watter von hier.

Der Hauptangeklagte Baumann, ein früherer Fürstengesängler, hatte sich nicht nur darauf beschränkt, das Konzert der Kapelle durch allerlei Zwischenrufe zu stören — er hatte einen Stuhl geworfen und mit diesem auf einen der Musiker eingeschlagen und dann den gleichen Stuhl auf das Podium geworfen, wobei ein anderer Musiker leicht verletzt und dessen Geige im Werte von 1000 Mark vollständig zerstört wurde. Gorenflo hatte sich in dem Lokal an der Störung des Konzerts durch Geschrei beteiligt und war der Aufforderung des Geschäftsführers, das Lokal zu verlassen, nicht nachgekommen. Karmann hatte bei der polizeilichen Räumung der Straße, auf der sich infolge der Vorfälle eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt hatte, gerufen: „Das ist eine Schmeißerei. Wir sind hier in einem Regestral!“. Schultze hatte sich bei der Räumung der Straße den Polizeibeamten gegenüber in Worten ergränzt. Trautwetter hatte der Aufforderung der Polizeibeamten sich zu entfernen, nicht Folge geleistet. Schröder wird zur Last gelegt, zum Ungehörigen gegen behördliche Maßnahmen aufgefordert zu haben, weil er die Leute bei der Räumung der Kaiserstraße aufforderte, nicht weiterzugehen. Watter hatte den Polizeibeamten „Lümmel“ ausgerufen. Das Verfahren gegen Schröder wurde aus Rücksichtnahme in das ordentliche Verfahren abgetrennt; dieser Anklage wurde ihm bemächtigt vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht zu verantworten haben. Gegen Gorenflo erging eine Gefängnisstrafe von einer Woche wegen Hausfriedensbruchs, gegen Karmann eine solche von 10 Tagen wegen Beamtenehrlidung, gegen Schultze eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen wegen Beamtenehrlidung, gegen Baumann eine Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung, gegen Trautwetter wegen Auslassens einer Geldstrafe von 30 Mark, und gegen Watter eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen wegen Beamtenehrlidung.

Eine Naziperle

Die Hakenkreuzler in Mühlheim können besonders stolz sein über die Zugehörigkeit des gewissen Chauffeurs Krug zur Nazi-Partei. Krug kam vor etwa dreierhalb Jahren nach Mühlheim geschied, er stammt irgendwo aus dem Hinterlande von Taubertshausen. Gewalttätigkeiten kennzeichnen den Weg dieses edlen Nazi-Mitglieds auf der Straße einen ihm unbehaglichen sozialdemokratischen Parteianhänger zu Boden, dann tobte er sich eines schönen Tages wie ein Wilder auf dem Arbeitsamt aus; bei einer anderen Gelegenheit entzieht er dem Bürgermeister von Niederweiler einen sehr gehaltenen Radfahrer, der wegen ordnungswidrigen Fahrens zur Rede gestellt werden sollte. Wiederholt hat das Amtsgericht Mühlheim dem Gewaltmenschen durch Strafen beizuführen machen müssen, daß wir uns vorläufig doch nicht im „dritten Reich“ des arbeitslosen wachstüchtigen Hitler befinden.

Einen heimtückischen Streich leistete sich Krug am Abend des 2. März. Er wartete ab bis sich der letzte Kunde er den Lehrstuhl des Friseurs, er möge den Verkäufer Baßfisch vom Kantinieren an das Telefon rufen, es wolle ihm jemand sprechen. Als der ahnungslose Verkäufer das scheinbar menschlichere Friseurgeschäft betrat, stürzte Krug hinter der Tür hervor, fuhr dem Liebertranz an die Gurgel und würgte ihn kräftig. Für diesen schändlichen Überfall diffidierte das Amtsgericht dem Krug sechs Tage (11) Gefängnis zu. Dagegen legte er Berufung ein. Vor der Strafkammer beantragte er seine Freisprechung. Er spielte sich vor dem Obergericht als Unschuldengel auf; er habe doch dem Verkäufer gar nichts getan, sondern ihn nur zur Rede stellen wollen, weil derselbe sich abfällig über die Rationalisierungsmaßnahme geäußert hätte. Die Strafkammer war einmütig die Berufung wurde verworfen. Die keinen Glauben belummen, die Berufung wurde verworfen.

Aushüfte der Redaktion

Str., Offenburg. Der Bericht kam am Dienstag zu spät an, deshalb mußte zu einem anderen gegriffen werden.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

AUGUST SCHAIER

Karlsruhe / Gegründet 1875
Fabrik: Roonstraße 24
Lagerplatz: Klauerechtstr. 9
Fernsprecher 435

Fenster-, Türen- und Möbelfabrik / Glaserei
Schaufenster-Anlagen / Laden-Einrichtungen

KARTELLFREI (zu reduzierten Preisen)
Kohlen, Koks, Briketts
Liefert zu billigsten Preisen

MENZINGER-FENDEL
Transportgesellschaft m. B. H.
KOHLEN-ABTEILUNG
Karlsruhe-Rheinhafen
Telefon 5883, 4667 u. 4668

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!

Die eigenen Betriebe der Genossenschaften

und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

befreien uns vom Preiszwang
der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß

Jeder Werktätige einer Konsumgenossenschaft beitreten
und insbesondere die nur hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke **GEG** wählen.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. B. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. B. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. B. H.
Konsumverein für Durlach und Umgegend, e. G. m. B. H.

KÜHLSCHRÄNKE KÜHLANLAGEN



ausgerüstet mit

ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS

Hermetisch geschlossen
Keine Explosions-Gefahr
Kein Gasentweichen

Praktisch unbegrenzte Lebensdauer
kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium
selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung

BROWN, BOVERI & Cie. A.G.
MANNHEIM
Abt. Kälte-Maschinen

Genossen, Genossinnen! Beachtet die Anzeigen im Volksfreund und tätigt darnach Eure Einkäufe



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

15. Juli

1606 *Maler Paul Rembrandt. — 1809 Pierre Brousson. — 1831 *Bildhauer Reinhold Weges. — 1889 Charistenauffstand in Birmingham. — 1904 *Ruffischer Nobelist Anton Tschekow. — 1927 Aufrüst in Wien (Schattendorf-Urteil), viele Todesopfer. — 1929 *Dichter S. v. Hofmannsthal.

Die Schwindeleien des Hochstaplers Rudolf Wiegmann

fm. Wie die Blätter berichten, ist dieser Tage ein raffinierter Schwindler in der Person des 36 Jahre alten verheirateten Denkfisten Rudolf Wiegmann aus Halle entlarvt worden. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, wurde Wiegmann nach erfolglosen Betrugsversuchen in Karlsruhe und Frankfurt a. M., bei denen er sich als Dr. Radenstein und Professor Dr. Gerhard Naumann ausgab, bereits am 21. Februar dieses Jahres in Frankfurt a. M. verhaftet. Es handelt sich um einen notorischen Betrüger, der zurzeit eine Reststrafe von sechs Monaten einer gegen ihn wegen Betrügereien in Hannover verhängten Strafe verbüßt.

Ueber die Schwindeleien Wiegmanns erfahren wir folgende Einzelheiten: Der Schwindler kam im August 1930 nach Karlsruhe, wo er sich als Astrologe etablierte. Er hatte einen größeren Zulauf und gründete den „Verein für geistige Kultur-Propaganda“, dessen Geschäftsräume sich in der Stefaniensstraße befanden. Den Vereinsmitgliedern, darunter hauptsächlich Frauen, machte er vor, ihr Horoskop stünde für die nächste Zeit günstig, so daß sie durch Ausnutzung der Konstellation der Gestirne rasch reich werden könnten; er empfahl ihnen, sich Geld zu beschaffen, um damit zu spekulieren. Er war so lebenswürdig, die Spekulationen für seine Mitglieder zu unternehmen, sofern sie ihm das Geld dafür anvertrauten. Leider gab es viele, die ihm Geld zu „Spekulationen“ brachten. Es werden Beträge von 20 bis 50 000 Mark genannt, um die der Hochstapler seine leichtgläubigen Opfer auf diese Weise gestrellt habe. Das erschwandene Geld verwendete er für seine eigenen Zwecke. Als die Mitglieder der „Verein“ Verdacht schöpften und den Astrologie-Spekulanten der Staatsanwaltschaft anzeigten, war er bereits über alle Berge...

Der inzwischen eifrig Gesuchte hatte sich kurz nach Neujahr 1931 in Frankfurt a. M. unter dem Namen eines Prof. Dr. Naumann niedergelassen. Er wohnte bei Privatleuten und hatte wiederum einen großen Zulauf. Einer seiner zahlreichsten Patienten fühlte sich betrogen und erstattete Anzeige, worauf ihn die Polizei in Frankfurt a. M. verhaftete und alsbald verhaftete. Damit lag der langgesuchte Schwindler endlich hinter Schloß und Riegel. Wie die weiteren Ermittlungen ergaben, hatte er seinen Patienten erzählt, daß er in Spanien, der Schweiz, in Norwegen und Frankreich eine umfangreiche Praxis betriebe. Er wird von mehreren Staatsanwaltschaften wegen noch an anderen Plätzen begangener Betrugsdelikte gesucht. Von Beruf ist er Dentist, verlor während des Krieges einen Arm, worauf er sich auf die Bekleidung verlegte. Er „arbeitete“ jeweils nur solange in einer Stadt, bis ihm der Boden zu heiß wurde, worauf er wieder verschwand. Als angeleglicher Arzt hatte er sich Männern und Frauen genähert, sie untersucht, irgendeine Diagnose gestellt, ihnen Rezepte verschrieben und sich dafür beträchtliche Honorare zahlen lassen.

Die Aburteilung des Hochstaplers Wiegmann wird vor dem Karlsruher Schöffengericht stattfinden. Da zur Ueberführung des Schwindlers ein größeres Seugenaufgebot notwendig sein wird, ist mit einer ausgedehnten Verhandlungsdauer zu rechnen. Die Gerichtsverhandlung gegen Wiegmann dürfte frühestens im Spätherbst stattfinden. (Wiegmann war auch eifriger Nazianhänger, denn unter dem Deckmantel der Nazis geht der Schwindler am besten.)

Bezirksrats Sitzung

vom 14. Juli 1931

Von den sieben auf der Tagesordnung stehenden verwaltungsgerichtlichen Sachen kamen drei Klagen zur Verhandlung. Dieselben betrafen Erbschafts- und Fiskusklagen. Die Klagen wurden kostenpflichtig abgewiesen.

Folgende Konzeptionsanträge fanden Genehmigung: der Max Siedl geb. Gleißner zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinchank „zum Deutschen Haus“ im Hause Körnerstr. 25 hier, der Martin Augustin Schwan zum Betrieb der Gastwirtschaft „zum Frankfurter Hof“ Durlacher Allee 24, des Ludwig Bernhardt hier, zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinchank „zum Landauer Hof“ Luisenstraße 69, des Arthur Friedrich Marx in Blankenloch zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zum Schwanen“ Hauptstraße 30, des Wilhelm Ludwig Kaber in Blankenloch zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zum Lamm“ Hauptstraße 74, des Karl Ruf in Knielingen zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinchank „s. Kaiser Friedrich“ Neufeldstr. 467, des Hermann König in Knielingen zum Ausschank alkoholfreier Getränke auf dem Rheinortland bei Maxau, des Hans Weidinger in Maxau zum Ausschank alkoholfreier Getränke auf dem Rheinortland bei Maxau, des Philipp Heid in Sasfeld zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinchank „zum Friedrichshof“ Schulstraße 34; dem Metzger Karl Wagner hier, Nutisstraße 13, wurde die Befugnis zur Anleihe von Bebrillungen verliehen. Unterlag wurde der Gewerbebetrieb des Vermittlungsagenten Wilhelm Kitzsch hier, Karl-Wilhelm-Straße 33, sowie der Vermittlungsagentin Hilde Haag hier, Solfenstraße 15. Einem Rechtsmittel wird die aufstehende Wirkung versagt; dem Hermann Dorn hier wurde der Gewerbebetrieb eines Rechtsagenten auf die Dauer eines Jahres verweigert. Abgelehnt von der Tagesordnung wurde das Gesuch des Ewald Hilker hier, um Erlaubnis zum Ausschank von Milch und alkoholfreien Getränken im neuerrichteten Verkaufshauschen Weindrennerstraße, das Gesuch des Michael Franz um Erlaubnis zum Verkauf von alkoholfreien Getränken am Waagsee, das Gesuch des Karl Lumm hier um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein im Haupte Karlsruher Straße 128.

Eine großer Anzahl von Gemeindevoranschlägen wurden anemiat, andere Voranschläge wurden für festgesetzt erklärt. Der Genehmigung der Gemeindevoranschläge zur Erhebung von Gemeindefeuer und Bürgersteuer für eine große Anzahl Gemeinden fand die Zustimmung des Bezirksrates. Alle anwesenden Bürgermeister beantragten gleichfalls die Genehmigung, damit der Voranschlag endlich unter Dach und Fach komme und die Gemeinden wieder zu Geld und damit ihrer Gemeindeaufgaben wieder gerecht werden können. Der Gemeinde Grünwettersbach wurde die Genehmigung eines außerordentlichen Solzhiebs erteilt. Zustimmung fand eine Kapitalaufnahme für Hochwasserschäden der Gemeinde Wollartsweiler bei der Bezirksratsparolle Durlach, desgleichen fand Zustimmung zur Regelung der Schuldentilgung eine Kapitalaufnahme für die Gemeinden Graben, Wollartsweiler und Schenmetersbach. Hela.

Rheinhafen-Stichkanal wird verbreitert

Nostrandarbeiten - 110 000 achtfündige Tagelöhner - Gesamtaufwand 1 630 000 Mk.

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Der Stichkanal am südlichen Rhein wird von Nordböden bis zum offenen Rhein verbreitert, das er an der Sohle (0,0 a. N.) 80 Meter (bisher 20 Meter) und auf Höhe des Sohlenplanums (8,6 a. N.) rund 114 Meter (bisher 54 Meter) breit. Gleichzeitig wird das nördliche Ufer des verbreiterten Kanals, zur späteren Erschließung und Verwertung als Umschlaganlage, in einer Länge von 1400 Meter und einer Breite von 85 Meter auf Höhe 107,20 + N.N. angefüllt; der in die Kanalverbreiterung fallende Hochwasserdamm ist entsprechend zu verlegen. Die Arbeiten sind nach den Plänen des städtischen Tiefbauamts als Nostrandarbeiten auszuführen; es sind dabei zu zwei Drittel arbeitslose Berufsleute der Reichsarbeitslosenversicherung und zu einem Drittel Wohlfahrtsvereinsangehörige zu beschäftigen.

2. Der Gesamtaufwand von rund 1 630 000 Mark — bei schätzungsweise 110 000 achtfündigen Erwerbslosenarbeitstagen — ist wie folgt zu decken: a) aus verlorenen Zuschüssen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge 276 000 Mark, b) aus Darlehen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu den dafür vorgeschriebenen Bedingungen 1 040 000 Mark, c) aus laufenden Wirtschaftsmitteln für Arbeitsfürsorge (im Voranschlag 1931 unter Teil 53 Konto Nr. 5372 vorgesehen) 314 000 Mark.

3. Zur Aufnahme des Darlehens und zur Vereinbarung der Bedingungen wird der Stadtrat ermächtigt, zur Verwendung der Mittel wird eine Frist bis 31. März 1934 gesetzt.

Die Frage einer Erweiterung des südlichen Rheinhafens durch Errichtung eines fünften Hafendeckens und Verbreiterung des Stichkanals beschäftigt die Stadtverwaltung seit einer Reihe von Jahren und war auch schon wiederholt Gegenstand der Beschlußfassung der städtischen Kollegien. Erst nach Wiederkehr geordneter Geldverhältnisse durch die Einführung einer neuen, gesicherten Währung konnten aber die bereits geplanten Erweiterungspläne wieder aufgenommen werden. Am 11. September 1925 kam folgender Gemeindevoranschlag zur Sprache:

„1. Das fünfte Decken ist nach dem Entwurf des städtischen Tiefbauamtes auszuführen und das zugehörige Gelände mit den erforderlichen Straßen, Gleisanlagen, Beleuchtungen, Wassererfassung, Entwässerungs- und sonstigen Einrichtungen zu versehen; 2. der Stichkanal ist zwischen dem vierten Decken und dem südlichen Hochwasserdamm um 60 Meter nach Süden zu verbreitern und seine Sohle um 1,5 Meter zu vertiefen; 3. die im südlichen Hochwasserdamm bei Darlaboden noch offene Dammfläche ist zu schließen und das Federbachpumpwerk betriebsfertig heraufzustellen; 4. der durch diese Bauten entstehende Aufwand im Anschlage von zusammen 3 740 000 Mark wird aus Anlehensmitteln bestritten; 5. die Ausführung des Projekts wird davon abhängig gemacht, daß es der Stadt gelinst, den Aufwandsbetrag im Wege des Anlehens aufzubringen.“

Nach diesem Projekt, das schon die wasserpolizeiliche Genehmigung gefunden hatte, sollte das neue Decken an der Stelle der ehemaligen Fährde vom Stichkanal abzuweichen und sich in etwa 1200 Meter Länge in südöstlicher Richtung bis gegen Darlaboden hinziehen mit einer auf 97,10 + N.N. liegenden, 64,40 Meter breiten Sohle und einer Breite von 103,32 Meter auf Höhe des Sohlenplanums (107,20 + N.N.). Der Stichkanal sollte zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sowie um ihn ebenfalls dem Güterumschlag nutzbar machen und im Winter leichter eisfrei halten zu können, zwischen dem 4. Decken und dem neuen Hochwasserdamm nach Süden um 60 Meter auf eine Gesamtbreite von 80 Meter an der Sohle und rund 111,60 Meter in Planumshöhe verbreitert und gleichzeitig zur Gewinnung weiteren Auffüllungsmaterials in seiner südlichen Hälfte bis etwa 5 Meter nördlich der jetzigen Kanalmitte um 1,5 Meter vertieft werden. Unter Berücksichtigung des in Goldmark ausgedrückten Aufwandes für die früher schon ausgeführten Arbeiten (rund 500 000 Goldmark für teilweise Errichtung des Federbachpumpwerkes, Verlegung des Hochwasserdammes und Teilauffüllung des neuen Sohlengeländes) sowie des Geländewertes (720 000 Quadratmeter zu je 60 Pf. per Quadratmeter) ergaben sich für dieses Projekt Gesamtkosten in Höhe von 4 672 000 Goldmark, denen ein Gewinn von 370 000 Quadratmeter aufzufüllender Fläche, einschließlich 105 000 Quadratmeter für Straßen, Gleise und sonstige für den Hafenbetrieb notwendige Anlagen, gegenüberstand. Von der als Industrie- und Umschlaganlage nutzbaren Fläche von 265 000 Quadratmeter entfielen 180 000 Quadratmeter auf eigentliches Umschlagsgelände mit zusammen 3300 Meter Wasserfront; der Rest von 85 000 Quadratmeter hatte keinen unmittelbaren Wasseranstoß und war als reines Industrie- und Umschlaggelände anzusehen. Im Hinblick auf den Umstand, daß ein Teil der Aufwendungen auch den bestehenden Hafenanlagen und späteren Erweiterungen zugute kommen sollte (Geländeauffüllung für eine neue Gleisamalgamgruppe nördlich von Darlaboden, die auch Anschlüsse für ein 6. und 7. Decken hätte aufnehmen sollen, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für den gesamten Hafenbetrieb durch Stichkanalverbreiterung) und in der Erwägung, daß dafür etwa ein Fünftel der Ankosten, also rund 935 000 Goldmark, als auf außerhalb der neu zu geminderten Aufschlagfläche liegende Zwecke zu buchen unberücksichtigt bleiben müßten, berechnete damals das städtische Tiefbauamt die Selbstkosten für 1 Quadratmeter neuen Geländes auf 14 Goldmark. Die Voraussetzung für die Ausführung dieses Projektes, nämlich die Aufbringung der Kosten im Wege des Anlehens, hat sich in der Folgezeit bekanntlich nicht erfüllt. Die Angelegenheit mußte also beruhen.

Die Zwischenseit wurde dazu benützt, die Pläne im Sinne neu hervorzuheben. Gesichtspunkte zu überarbeiten. Das Ergebnis dieser außerordentlich eingehenden Untersuchungen liegt nun in der Form des neuen Projektes vor. Es wird, abgesehen von einer neuerdings in Aussicht genommenen anderweitigen Ableitung des Federbachs, von der nachher noch die Rede sein wird, hauptsächlich in zwei Punkten von dem früheren ab: Einmal tritt an die Stelle des früher vorgesehene, dem allgemeinen Umschlag dienenden, offenen fünften Deckens ein erheblich kürzeres, nur für den Umschlag von leicht brennbaren Stoffen, in der Hauptsache Treiböl, bestimmtes und aus Sicherheitsgründen gegen das übrige Hafengebiet an der Einmündung in den Stichkanal abschließbares Decken, dessen Umdeutung auf Planumshöhe 107,20 + N.N. angefüllt werden soll. Zum anderen ist vorgesehen, den Stichkanal nicht nach Süden, sondern vom Nordböden bis zum offenen Rhein nach Norden zu verbreitern. Am Nordufer des so verbreiterten Kanals wird außerdem auf eine Strecke von 1400 Meter in einer Breite von 85 Meter neues Umschlagsgelände ebenfalls auf Höhe 107,20 + N.N. angefüllt mit einer nutzbaren Fläche von 94 000 Quadratmeter.

Das Decken soll eine Breite von 150 Meter auf Planumshöhe und eine nutzbare Länge von rund 700 Meter erhalten (gegen rund 103 Meter Breite und etwa 1200 Meter Länge des früher geplanten fünften Deckens). Die Einfahrt am Stichkanal wird auf etwa 20 Meter aufwärts von dem alten Anschluß verlegt, der verbütten soll, daß beim Umschlag etwa ausgeflossene und

zur Entladung gekommene Flüssigkeit vom Decken, auf der Wasserfläche sich ausbreitet, in den Stichkanal und von da in die anderen Hafendecken gelangen kann. In seiner sonstigen Ausstattung gleicht das Decken dem früher geplanten. Der Anstoß des neuen Deckens ergibt rund 540 000 Kubikmeter Erdmaterial, die zusammen mit weiteren 126 000 Kubikmeter aus der Verbreiterung des Stichkanals genügen, um rund 196 000 Quadratmeter Umschlagfläche rings um das Decken einschließlich der erforderlichen Hochwasserdämme aufzufüllen.

Der Stichkanal wird an der Sohle von bisher 20 Meter auf 80 Meter, also auf das Vierfache, auf Planumshöhe (107,20 + N.N.) von rund 54 Meter auf 113,80 Meter oder rund 114 Meter verbreitert. Die Sohle der Verbreiterung liegt dabei auf — 1,50 a. N., d. h. 1,50 Meter tiefer als im bestehenden Teil des Kanals. Die Verbreiterung erstreckt sich auf eine Länge von 1900 Meter. Sie ergibt einen Gesamtaufwand von 854 000 Kubikmeter; davon sollen verwendet werden: für die Auffüllung am Nordufer einschließlich des neuen Hochwasserdammes 468 000 Kubikmeter, zur Ergänzung des Auffüllmaterials für die Umdeutung des Deckens 126 000 Kubikmeter und zur Auffüllung weiterer Industrie- und Umschlagflächen des Nordböden bei der Ab in die restlichen 260 000 Kubikmeter. Der neue Hochwasserdamm ist zuerst heraufzustellen, und zwar unter Entnahme des Materials hinter dem alten Hochwasserdamm und aus dem an seinem Fuß liegenden, nachher aufzufüllenden Gelände. (Der bisherige Hochwasserdamm fällt in die Kanalverbreiterung.)

Für das gesamte Projekt in seiner veränderten Form, einschließlich der Verbreiterung des neuen Geländes und Umleitung des Federbachs, nennt der Kostenanschlag des städtischen Tiefbauamtes folgende Zahlen:

Stichkanalverbreiterung und Umschlagfläche an dessen Nordufer	1 630 000 Mk.
Erschließung dieses Geländes	600 000 „
Erschließung des Deckens einschl. Abflußbauwerk	1 337 000 „
Erschließung für das zugehörige Gelände	930 000 „
Federbachumleitung (nach dem neuen Voranschlag, der ein Pumpwerk entbehrlieh macht)	253 000 „
zusammen:	4 750 000 „

Nun kann auch heute keine Rede davon sein, die sofortige Ausführung des ganzen Unternehmens ins Auge zu fassen. Zwar dürfen wir die Hoffnung haben, daß nach Ueberwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise der Karlsruher Rheinhafen an einem dann zu erwartenden neuen Aufschwung des Rheinverkehrs erheblichen Anteil haben wird. Das verbürgt uns die bisherige Entwicklung des Hafens.

Eine ganz besonders kräftige Aufwärtsentwicklung ist am Karlsruher Hafen seit einiger Zeit im Umlaufverkehr durch Schiffe mit eigener Triebkraft zu verzeichnen. Die Zahl der mit solchen Gütern abgefertigten Schiffe betrug 1913: 343, 1928: 909, 1929: 966 und 1930 sogar 1517; sie hat sich also von 1913 bis 1930 um 1174 oder rund 342 Prozent vermehrt. Die derzeitigen Umschlaganlagen für diesen Verkehrszweig, der hauptsächlich am Mitteldecke bedient wird, sind unzureichend geworden und müssen, wenn der gesamte Hafenbetrieb leistungsfähig bleiben soll, durch eine Vergrößerung der Raimauer am Mitteldecke bis zu 400 Meter und durch Vergrößerung der Umschlagseinrichtungen möglichst bald verbessert werden. Diese notwendige Vergrößerung der Raimauer des Mitteldeckens hat jedoch zur Voraussetzung, daß es gelinst, den zur Zeit noch am Westende des Mitteldeckens betriebenen Sohlenschlag anderwärts unterzubringen. Die Zusammenfassung des gesamten Sohlenschlages, für den jetzt im ganzen Hafengebiet an einer Stelle von 28 000 Quadratmeter in Anspruch genommen sind, an einer Stelle ist aus anderen, insbesondere eisenbahntechnischen Gründen sehr wünschenswert. Der Sohlenschlag für den Holzverkehr wird am besten am fünftägigen Ufer des Stichkanals eingerichtet. Es ist anzunehmen, daß dieser Sohlenschlag zusammengezogen mindestens ein Drittel der jetzt für diesen Verkehrszweig gebrauchten Flächen erspart werden kann, so daß von dem neu zu erschließenden 94 000 Quadratmetern am Stichkanal etwa 15 000 Quadratmeter für den erwähnten Zweck genügen würden. Gleichzeitig mit der Errichtung der eben beschriebenen Hauptanlage gewinnt man durch die jetzt auszuführende Verbreiterung des Stichkanals neues Umschlagsgelände in einem Ausmaße, das für die allergrößte Zeit genügen dürfte.

Man darf also wohl feststellen, daß die Verbreiterung des Stichkanals eine nicht nur nützliche, sondern auch dringende Arbeit ist. Im Zusammenhang mit der Verbreiterung des Stichkanals ist noch ein Wort zu sagen zu der Umleitung des Federbachs, für deren Kosten ein Veran in der Kostenrechnung des Stichkanals eingelegt, aber in dem heute vorliegenden Antrag noch nicht angefordert ist. Der Federbach fließt heute in offenem Bachbett quer durch das Gebiet des geplanten neuen Hafendeckens, unterkreuzt in einem rund 100 Meter langen Nidenrohr von 1,0 Meter Durchmesser den Stichkanal und erreicht etwa 600 Meter nördlich des Stichkanals den Maxauer Ufer, den er bis in die Nähe der Landstraße Knielingen-Maxau durchfließt. Da der Uferneinarm durch diese Straße und die Bohlinie abgeriegelt ist, muß das Wasser des Federbachs durch einen seiner Zeit dafür hergestellten Graben der Ab zugleitet werden. Wollte man diesen Graben durch den Federbach bei Verbreiterung des Stichkanals und späterer Erstellung des neuen Deckens beibehalten, so müßte der vorhandene Damm um etwa 500 Meter verlängert werden. Dies wäre bei den gegebenen Gefälleverhältnissen nicht ohne große Schwierigkeiten im Einverständnis des Federbachs möglich. Auf der Suche nach einer anderen Lösung hatte man zu einer Zeit, wo noch die abschließende Ausführung der Stichkanalverbreiterung und eines offenen fünften Deckens geplant war, in Aussicht genommen, das Wasser des Federbachs in abgeschlossenem Kanal unter dem Hochwasserdamm und den daneben zu schaffenden Lagerplätzen hindurch mit freiem Gefälle zum neuen Decken zu leiten. Das wäre nur möglich gewesen, solange der Wasserpegel im Rhein niedriger steht, als im Federbach. Sobald der Rheinwasserpegel den des Federbachs übersteigt, sollte ein in einem Schacht unmittelbar beim Hochwasserdamm vorgesehene Pumpanlage über den Rheinwallerspiegel hochgedrückt und durch den oben erwähnten, vom Schacht hergehend ausgehenden abgeschlossenen Kanal in das neue Decken geleitet werden. Wie oben schon erwähnt, wurde die Erbauung dieses Pumpwerkes im Jahre 1919 — nach Errichtung der wasserpolizeilichen Genehmigung für das damalige Projekt der Hafenerweiterung — in Angriff genommen. Die Fundamente wurden ganz, die aufstehende Mauer teilweise im Rohbau hergestellert, die Maschinenanlage beschafft. Bei Einstellung der Bauarbeiten für die eigentliche Hafenerweiterung wurde auch hier die Fertigstellung unterbrochen und bis heute nicht wieder aufgenommen.

Wasserstand des Rheins

Tablet 197, aeft. 12; Waldshut 374, aeft. 3; Schaffersinsel 262, aeft. 8; Rehl 402, aeft. 29; Maxau 566, aeft. 5; Mannheim 400, aeft. 17 Zentimeter.

Von der Karlsruher Polizei

Auch der Badische Beobachter läßt in seiner gestrigen Ausgabe eine sehr scharfe aber durchaus berechtigte Kritik an der Karlsruher Polizei, richtiger gesagt an ihrer Leitung. Das Zentrumsblatt schreibt:

Wir haben uns — offen gestanden — über die gemeldeten Vorfälle und künstlichen Protestkundgebungen in und vor dem Café Odeon, die nach außen hin einen wirklich schlichten Eindruck von der Ordnung und Zucht der Stadt Karlsruhe machen, nicht besonders gemindert. Nachdem die ganze letzte Zeit — man verleihe nur die Polizeiberichte der vergangenen sieben Tage! — jeder Tag seine politischen Zusammenkünfte und Auseinandersetzungen gebracht hat und nachdem die Streitenden immer nur mit Samthandschuhen angefaßt hat und auch gerichtlich fast nichts nachfolgte, mußte ganz swangständig mit den letzten Vorfällen die

Unseriösität der Polizei vor die Hunde geben.
Jeden Tag meldete doch der Polizeibericht in seiner stereotypen Form und mit einer Pommegeduld ohne Gleichen, daß heute die Nazis die Kommunisten, morgen die Kommunisten die Nazis bedrückt und überfallen hätten. Viel mehr hörte man dann aber nicht mehr. Daß durch eine derartig laze und naive Behandelungsweise in der heutigen Zeit die Polizei — zartbesaitet, wie sie nun einmal zu sein scheint — die Streitenden immer nur mit Samthandschuhen angefaßt hat und auch gerichtlich fast nichts nachfolgte, mußte ganz swangständig mit den letzten Vorfällen die Unseriösität der Polizei vor die Hunde geben.
Jeden Tag meldete doch der Polizeibericht in seiner stereotypen Form und mit einer Pommegeduld ohne Gleichen, daß heute die Nazis die Kommunisten, morgen die Kommunisten die Nazis bedrückt und überfallen hätten. Viel mehr hörte man dann aber nicht mehr. Daß durch eine derartig laze und naive Behandelungsweise in der heutigen Zeit die Polizei — zartbesaitet, wie sie nun einmal zu sein scheint — die Streitenden immer nur mit Samthandschuhen angefaßt hat und auch gerichtlich fast nichts nachfolgte, mußte ganz swangständig mit den letzten Vorfällen die Unseriösität der Polizei vor die Hunde geben.
Jeden Tag meldete doch der Polizeibericht in seiner stereotypen Form und mit einer Pommegeduld ohne Gleichen, daß heute die Nazis die Kommunisten, morgen die Kommunisten die Nazis bedrückt und überfallen hätten. Viel mehr hörte man dann aber nicht mehr. Daß durch eine derartig laze und naive Behandelungsweise in der heutigen Zeit die Polizei — zartbesaitet, wie sie nun einmal zu sein scheint — die Streitenden immer nur mit Samthandschuhen angefaßt hat und auch gerichtlich fast nichts nachfolgte, mußte ganz swangständig mit den letzten Vorfällen die Unseriösität der Polizei vor die Hunde geben.

Wenn in einer Stadt wie Karlsruhe Horden von Lausbuben sich herausnehmen können, einen Terror auszuüben, wie wir es in letzter Zeit erleben mußten, dann liegt ein glattes Versagen der Polizei vor. In Karlsruhe sind es nicht die Mannschaften, es ist die Polizeidirektion, die versagt. Das in besonders trasser Weise, wenn es sich um Vorgehen gegen die Hitlerburden und ihnen verwandte Rowdyhorden handelt. Unter diesen Rowdyhorden befinden sich Sprößlinge sogenannter besserer Bürger, gelegentlich auch Söhne ehemaliger Offiziere, Studenten usw., und da glaubt anscheinend eine hohe Polizeidirektion und glauben auch manche Polizeiführer, gesellschaftliche Rücksicht nehmen zu müssen. Sonst wäre das Versagen der polizeilichen Führung einfach nicht zu verstehen.

Es fehlt aber in Baden auch noch an etwas anderem; die Bestimmungen zur Anwendung der Waffen, seien es Hand- oder Schusswaffen, sind ganz dringend einer gründlichen Reform bedürftig. Die Urheber des Terrors und der fortgesetzten Stände auf den Straßen kennen sehr wohl die unzulänglichen Vorschriften in Baden über den Waffengebrauch und sie kennen auch vielfach die Führer der Polizei, zum Teil noch aus den wilhelminischen Offiziersklassen, so daß sie es leicht haben, die von ihnen aufgestellten Regeln freizeichnerisch zu verletzen. Die Polizei hat die Aufgabe, diese Regeln durchzusetzen und die Ungehorsamen auf die Anweisung eines Zusammenstoßes mit der Karlsruher Polizei aufmerksam zu machen.

Bekämen die Polizeimannschaften nur ein paar Mal in Fällen, wie wir sie in letzter Zeit erlebt haben, den Befehl, kräftig zuzuhauen, der ganze Spuk hätte sein Ende erreicht. So oder können die tabulierten Regeln es sich erlauben, die „eingreifende“ Polizei zu verhöhnen und den Neugierigen beweisen, daß man in der Landeshauptstadt des Reiches ohne besonderes Risiko die Exekutivgewalt in ihrem Ansehen herunterziehen kann. Es mußte erst öffentlich Kraß geschlagen werden, ehe die Polizeidirektion sich veranlaßt sah, im Polizeibericht die Rastrikel zu erwähnen, wenn sie Ungehorsam oder Stöcker verübt hatten. So groß sind die Sympathien und ist die Liebe zu den Nazibrüdern auf der Karlsruher Polizeidirektion.

Die heutigen Zustände innerhalb der Karlsruher Polizei sind auch im Interesse der persönlichen Sicherheit der Mannschaften des aufreißenden Straßendienstes nicht mehr länger tragbar. Wenn die Führung durch völlig unangebrachte Rücksicht und stets mangelnde Lauffast das Ansehen der Polizei herabmindert, sind speziell die einseln oder in kleinen Streifen dienenden Polizeibeamten in steigendem Maße persönlichen Gefahren ausgesetzt. Dazu kommt noch das auch vom Badischen Beobachter mit Recht beklagte Verhalten der Justiz. Die Schutzleute sagen es auf Befragen ganz offen heraus, daß jeder von ihnen fürchtet, wenn er nach einer gewissen Seite hin aufpasst, mandamal nicht nur nicht bei den Vorgesetzten die erforderliche Deckung zu finden, sondern er ist recht nicht bei der Justiz. Man denke nur an zwei Urteile der allerletzten Zeit: ein Kommunist für das Mitführen eines Gummihüpfels drei Monate Gefängnis, ein Nazirüpel für das Zuschlagen mit einem Trommelstock 40 Mark Geldstrafe. Eine solche Justiz betätigt sich in der Wirklichkeit als Totengräber des Staates, dem zu dienen sie verpflichtet ist. Doch am Montag wegen der Rügeleien im Kaffe Odeon ein Schnellrichter einmal ein bißchen zugegriffen hat, ist in unserem berühmten Reichsland nachgerade aufsehenerregend.

Gegen die Handhabung der Polizeigewalt, wie wir sie in Karlsruhe gegenwärtig erleben und gegen eine Justiz, die in solch trasser Weise einseitige Urteile zugunsten notorischer Staatsfeinde produziert, muß Sturm gelaufen werden. Und wir werden fortan rücksichtslos die Tatlagen beim wahren Namen nennen.

Schießwütige Nazis
Der Polizeibericht vom Freitag meldete über Festnahme bewaffneter Nationalsozialisten. Darüber geht uns nun aus der Südhadt folgende Schilderung zu:
In der letzten Woche war es Nacht für Nacht außer Samstag und Sonntag besonders unruhig. Man glaubte in den „Wilden Westen“ verlegt zu sein. Harmlose Possanten wurden von den Nazis und Kozis angefaßt und geschnitten, in ihren Schlaftrief einzustimmen. Schier glaubte man, die Vertreter des Dritten Reiches hätten ihren Einzug. Besonders toll ging es in der Nacht zum Freitag zu. Nach der „Teufel-Berufung“ waren die Nazis in Stärke von 100 Mann in ihr Lokal eingerückt. Durch die Anwesenheit von Führern mit verschiedenen Sternen bekam die Gesellschaft ein besonderes Gepräge. Hier wurde nun der Schlaftrief angedeutet. Der „Sozialbau“ in der Südhadt sollte von der SS in Besitz genommen werden. Zunächst wurden die Gruppen eingeteilt, währenddem ein den Nazis wenig antwortender Gast für die Telefonzelle besaß. Jedoch wurde kein Gespräch am Büfett abgehört. Er hatte nämlich den Plan der „deutschen Junos“ an die Kommunistensentrale nach der Altstadt weiterzugeben. Man fürchtete sich die Helben mit Todesverachtung auf die Telefonzelle, als ob sie wollten sie eine Festung stürmen. Anschließend, also nach der „Eroberung“, wurde der junge Mann herausgerissen und verprügelt. Viele „germanische Männerläuse“ hatten die Aufgabe, dieser Forderung gerecht zu werden. Ganz besonders tat sich dabei ein junger Südhadt-SS-Mann hervor, der mit seinen „Arbeiterläusen“ auf dem am Boden liegenden jungen Mann wie tollwütig einschlug. Obwohl der am Boden liegende Telefonier auf die Straße flüchtete, mußte ihm dies nichts. Am Gegenteil, dort wurde er noch weiter traktiert. Endlich kamen ihm in der Winterstraße die Kommunisten zu Hilfe. Einer der Nazis rief und im selben Augenblick hing ein anderer zu schiefen an. Ich glaube, es war der Südhadt-SS-Mann S. Als nun die Polizei auf dem Schauplatz erschien, machten die Nazis feht und gingen nach ihrem Hauptquartier zurück.
Wald darauf ging es im Sallenwäldchen wieder los. Auch dies war wieder ein zugeressener Nazi. Zuerst wollte er den abgewebenen Schuh einem Kosi in die Schuhe schieben. Nachher mußte er aber doch zurechen, daß er sich selbst geschossen hatte; das heißt er feuerte ins Leere. Anschließend hatte er Furcht vor dem Nazistria gegen die Franzosen. Wahrscheinlich war es ihm daran gelegen, sich selbst zu verstümmeln, um einer Entführung aus dem Wege zu gehen.
Vor einer anderen Wirtschaft standen einige Kozis, die sich so weit rubis verbielten. Auf einmal fielen aus einem Hausflur

zwei Schüsse aus einem schweren Kaliber. Ein Polizeibeamter, der in der Nähe stand, bog sich an die betreffende Stelle. In der Schützenstraße gefellte sich der bereits genannte SS-Mann dazu. Als nun der Polizeibeamte in die Nähe des Hauses kam, moraus die Schüsse gefallen waren, nahm er seine Pistole aus der Tasche. Zu gleicher Zeit zog der neben ihm laufende SS-Mann S. auch eine Pistole aus der Tasche und entzündete dieselbe. Der Polizeibeamte wurde von den Paktanten sofort auf das Gebären des Nazi aufmerksam gemacht. Doch dieser hatte dies schon bemerkt und nahm dem SS-Mann die Pistole ab. Nachher hatte der Nazijünger noch die Dreifigkeit, zu behaupten, der Polizeibeamte möge ihn unterzuchen, ob er eine Pistole besitze. Ich glaube bestimmt, wenn der Schunemann gewonnen gewesen wäre, gegen die anderen Nazis vorzugehen, daß er von dem ihm beistehenden Nazi einen Denkzettel erhalten hätte. Jedenfalls ist demselben dies zugut zu tun. Sofort ließ der Polizeibeamte durch die Nachbarschaft, die sich durchwegs mißlieblich über diesen Feuerüberfall äußerte, den Notruf holen, der auch sehr bald erschien. Anscheinend hatten die Polizeibeamten einen guten Schnelrichter; denn sie brachten mehrere Nazis aus dem Hause, die man gleich auf das Auto schaffte. Offenlich bekommen sie, was ihnen gebührt.
Den Nazis und Kozis wird inzwischen die Luft in der Südhadt „Aries“ zu führen, vergangen sein. Sie haben ihr Schlaftrief wieder in die Mittelstadt verlegt. Vielleicht haben sie auch in der Südhadt eine weniger heifällige Bevölkerung gefunden, wie in der Mittelstadt.
(1) In der **Waterschule Karlsruhe** (Baden), Adlerstraße 29, findet bei genügender Beteiligung am 1. Oktober 1931 der seit vielen Jahren bestehende fünfmonatliche Winterkurs für **Wasserbau**. Außer gründlichem und zeitgemäßem Fachunterricht in Schrift, Dekoration, Holz und Marmorarbeiten usw., ist nach Schluß des Kurzes Gelegenheit geboten, die Meisterprüfung abzulegen. Das Programm wird von der Direktion kostenlos zur Verfügung gestellt und von dieser weitere Auskunft gern erteilt.
(2) Die **Hochschule für Elektrotechnik Karlsruhe** (Lehranstalt für Elektro-Instalateure, Elektromechaniker, Ankermeister und verwandte Berufe Karlsruhe am Rhein, Adlerstraße 29, beginnt am 1. Oktober 1931 das erste Semester. Die Hochschule trägt staatlichen Charakter. Sie steht unter Aufsicht des Bad. Ministeriums für Kul-

Zur Gesichts-Bräunung aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenüberdennverwendung man die reizmildernde und blühende **Crema Deodor** — feinfaltig in roter Packung; feinfaltig in blauer Packung. — Tube 60 Pf. und 1 M. Wirksam unterwirft durch Deodor-Gelbste 240 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. 1472

tus und Unterricht. Neuzustellte Lehrkräfte, Laboratorien, Maschinenaal, Werkraum, ausgestattet mit reichlichen Lehr- und Anschauungsmitteln, stehen für zur Verfügung. Der Unterricht wird an den Werktagen von 8—12 und von 14—18 Uhr erteilt. Samstag nachmittags ist schulfrei. Die Lehranstalt dient der Weiterbildung von Geblissen, Monteuren, Obermonteuren und Metallernarbeitern. Das Lehrprogramm trägt den wesentlichen Anforderungen der Meisterprüfungsordnung Rechnung. Am Ende des zweiten Semesters findet eine Abschlußprüfung statt. Stipendien und Beihilfen werden durch die Anstalt vermittelt. Ausführlicher Prospekt durch die Direktion. (Siehe Inserat.)

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle
Gestern mittag ereignete sich auf der Durmersheimer Landstraße vor den Karaden ein schwerer Verkehrsunfall. Eine 17 Jahre alte Radfahrerin fuhr hinter einem Lastkraftwagen her in Richtung Durmersheim. In dem Augenblick, als sie hinter dem Lastkraftwagen nach links nach den Karaden abbiegen wollte, wurde sie von einem entgegenkommenden Personenkraftwagen angefahren und zu Fall gebracht. Das Mädchen mußte mit einer schweren Gehirnerschütterung sowie mit Verletzungen an der Stirn und am rechten Arm ins Städt. Krankenhaus eingeliefert werden. Der Zustand der Verletzten ist lebensgefährlich. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.
Ferner mußte ein Schlosser von hier, der mit seinem Kraftwagen beim Einbiegen in die Marburgstraße, ebenfalls durch unvorsichtiges Fahren, eine 58 Jahre alte Frau angefahren hatte, zur Anzeile gebracht werden. Die Frau hat sich durch den Sturz am rechten Auge eine Riswunde, sowie Schürfwunden an der rechten Schulter und an beiden Händen zugezogen. Der rücksichtslose Motorradfahrer, der mit Hilfe von Zeugen des Vorfalls ermittelt werden konnte, ist, ohne sich um die Verletzte zu kümmern, davongegangen.

Schwächeanfall
Ein 66 Jahre alter Maurer von hier, der in der Eisenbahnkantine in der Hertenstraße einen Schwächeanfall erlitten hatte, mußte in das Städt. Krankenhaus überführt werden.

Rörperverletzung
Eine 33 Jahre alte Frau aus Durlach wurde in ihrer Wohnung von ihrer Schwägerin und ihrer Schwiegermutter durch Faustschläge in das Gesicht und auf den Kopf derart mißhandelt, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Diebstahl
Eine Frau von hier gelangte zur Anzeile, weil sie aus einer unverschlossenen Wäsche in der Berberstraße ein Paar neue Damenschuhe im Werte von etwa 15 M entwendet hat.

Betrug
Angezeigt wurde ferner ein 21 Jahre alter Buchdrucker von hier, weil er von einer geschiedenen Frau durch Vorspiegelung falscher Tatsachen 2 Anzüge, einen Übergangsmantel und etwa 200 M Bar Geld erschwindelt hat.

Veranstaltungen
Sommeroperette im Städtischen Konzerthaus. Als zweite Vorstellung der Sommeroperette gelangt heute abend die Ballade Operette „Die Rote von Stambul“ zur Erstaufführung, die wohl mit zu den größten Operetterfolgen des Komponisten zählt. In den Hauptrollen sind die Damen Jenlen, Selmer und Siegler sowie die Herren Kollerer, Köfer, Mascher und Schnitzer beschäftigt.

Schiffspielhäuser
Union-Theater.
Solange die Welt steht und es Menschen gibt, werden die Völker nach Freiheit streben und der ewig lebende Funke einer revolutionären Idee zur Flamme emporlehen. Das daran nichts zu rütteln ist, dokumentieren zahlreiche geschichtliche Ereignisse, die nachfolgenden Generationen immer wieder die Kraft und den Mut beilehen. Ich ihrer Seiten zu entlehen. Man denke nur an die vielen Staatsumwälzungen der letzten Jahrhunderte. Wo das Volk sich gegenüber der Herrschaft einer bestimmten Klasse zur Wehr setzte, um das Steuer des Staatschiffes selbst in die Hand zu nehmen.
Der große Konflikt im Uniontheater „Nach Sibirien“ zeigt uns eine solche Episode während der Regierung Zar Nikolaus des II. in Rußland. Durch Hungersnot mißde gemacht, rüstet das Volk um sein Recht. Die Studenten und es streben bereit zum Ziel. An erster Stelle sind es, die das Volk erwecken und die revolutionäre Idee in dessen Gehirne hämmern. Trotz der voll Verzeufung kämpfen sie um ihr Ziel.
Wichtige Momente entlehen, spannen, voll der dramatischen Steigerung. Ein Film, der uns alle angeht.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt
Die Vertrauensleute und Straßensobente werden erucht, die Flugblätter bei Gen. A. Mayer, Vorstraße 19 I, abzuholen.

Frauenaktion
Unsere nächste Verammlung findet Mittwoch, 15. Juli, abends 8 Uhr in der Gambriusshalle mit folgendem Vortrag statt: „Moderne Ernährungsfragen“. Referentin: Genoffin Dr. Maas. Ueber den Wert neuerer Ernährungslehren besteht vielfach noch Unklarheit. Wir glauben, daß viele unserer Genoffinnen gern die Gelegenheit ergreifen, sich von ärztlicher Seite über diese Fragen belehren zu lassen. Wir bitten auch die sich interessierenden Genossen und die Jugend, um zahlreichen Besuch.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Sterbefälle und Beerigungszeiten. 13. Juli: Katharina Stroh, 58 Jahre alt, Witwe von Friedrich Stroh, Deiser. Beerigung am 15. Juli, 15 Uhr. Benjamin gen. Berthold Hirsch, 83 Jahre alt, Witwer, Privat.

Veranstaltungen
Mittwoch, 15. Juli:
Städt. Konzerthaus: Die Rote von Stambul. 8 Uhr.
Schaubühne: Streiktag. 16—18.30 Uhr.
Gloria-Theater: Stimmlich die Nacht. Der Kahn im Nord. Kammer-Schiffspiele: Seine Freundin Annette. Eine Frau. Pakt-Theater: Ariane.
Reichens-Schiffspiele: Liebeswälder.
Schaubühne: Landstheaterfilm. Der König der Bagdad. Union-Theater: Nach Sibirien.

Chorleiter Georg Schöpfkin. Verantwortlich: Dr. W. Baden, Volkswirtschaft. Aus aller Welt, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches, Heilketten und Aus der Partei: S. Groß-Karlsruhe, Gemeindepollitz, Soziale Rundschau, Sport, Sozialistisches Jugendvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten, Die kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Geria, Post-Glück. Verantwortlich für den Anzeigenteil: R. R. R. Sämtliche Werbung in Karlsruhe ist Druck und Verlag: Verlagsbruderkolleg S.m.d.h. Karlsruhe.

